

Karin Kulow

Der Nahe Osten – Krisenlandschaft¹ und Pulverfass

Die Region des Nahen und Mittleren Ostens durchlebt gegenwärtig die wohl kritischste Phase ihrer bisherigen Entwicklung in der neueren Geschichte. Sie erstreckt sich als Landbrücke von der Ostküste des Mittelmeeres bis hin nach Zentralasien und steht wegen ihrer geostrategischen Lage an der Nahtstelle dreier Kontinente und am Schnittpunkt wichtiger Land- und Seewege sowie lebenswichtiger Energieversorgungslinien seit eh und je im besonderen Fokus äußerer Interessen. Vor allem auch ihr großer Ressourcenreichtum, insbesondere an Erdöl und flüssigem Gas, sowie die Aufnahmefähigkeit ihrer Märkte für Kapital, Waren und vor allem Waffen begründen dies.

Von der Türkei im Norden bis Jemen im Süden stellt sie zurzeit einen nahezu flächendeckenden Kriegsschauplatz dar – unter Beteiligung verschiedenster staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure. So führt die türkische Armee wieder Krieg mit der PKK; auf syrischem Boden findet ein verheerender, bereits seit fünf Jahren andauernder und offensichtlich noch immer nicht enden wollender Bürgerkrieg gekoppelt mit gleich mehreren Stellvertreterkriegen statt; die Lage im palästinensisch-israelischen Verhältnis gestaltet sich weiterhin äußerst volatil und Israel scheut in der Auseinandersetzung mit der libanesischen Hizbullah vor Gewalteinsetzungen unter Missachtung der syrischen Souveränität nicht zurück; in Ägypten geht die restaurierte Militärherrschaft gewaltsam insbesondere gegen moderate Islamisten in Gestalt der Muslimbruderschaft vor; Jemen wird, ohnehin schon seit längerem Zielobjekt US-amerikanischer Drohnenkrieger, durch Saudi-Arabien von einem Vernichtungskrieg überzogen; und Irak befindet sich im Zustand einer gewaltsam vorangetriebenen Destabilisierung. Zu allen diesen Übeln kommt nicht zuletzt der vom IS angezettelte und sich gegen die bestehende Territorialordnung wie gegen alle Andersgläubigen richtende Terrorkrieg, den wiederum eine von den USA angeführte internationale Koalition – koste es, was es wolle – vorrangig mit Waffengewalt einzudämmen sucht, wodurch die Spirale von Gewalt und Gegengewalt noch zusätzlich angeheizt wird, deren Auswirkungen nun immer unmittelbarer auch in Europa und in Deutschland zu spüren sind.

Diese Region, die schon über die Jahrzehnte zuvor als einer der größten Konfliktherde auf unserem Erdball mit der stets latenten Gefahr einer akuten Bedrohung

des Weltfriedens galt und zu den wohl waffenstärktesten in der Welt zählt, ist somit vor Herausforderungen gestellt, von deren Bewältigung nicht nur das Schicksal dortiger Menschen abhängt, sondern die zunehmend auch unsere Stabilität und Sicherheit beeinflussen.

Eine gründliche Analyse darüber ist an der Zeit, warum sich gerade der Nahe Osten als ein derartiger Hort kriegerischer Auseinandersetzungen darbietet und immer wieder Spannungen zwischen einzelnen Staaten – oftmals betont auch unter Instrumentalisierung von konfessionellen Unterschieden – angeheizt werden. Warum gedeihen Tradition und Autoritarismus in den Herrschaftsverhältnissen bis hin zu einer neuen Entwicklungsstufe des islamistischen Extremismus hier anscheinend besonders üppig? Und warum mangelt es sichtlich, wie in kaum einer anderen Region sonst, an der Willigkeit wie an der Fähigkeit der verschiedensten staatlichen Handlungsträger zu Kompromissen auf der Basis des gegenseitigen Vorteils, zur Schaffung einer stabilen, die Interessen aller Beteiligten fair berücksichtigenden Regionalordnung?

Diese Entwicklungen nehmen immer chaotischere Züge an, ihre besondere Brisanz und Gefährlichkeit speist sich vor allem daraus, dass globale wie regionale hoch gerüstete Mächte einbezogen sind. Damals wie heute bildet die Region einen wichtigen Schauplatz globaler Rivalitäten, die sich aktuell jedoch auf neuartige Weise mit den teilweise äußerst scharf kollidierenden Intentionen gleich mehrerer regionaler staatlicher Akteure auf Erlangung einer Vormachtstellung vermischen. Es geht dort sowohl um die Mitgestaltung der Weltordnung im 21. Jahrhundert als auch um die Neuausprägung der Regionalordnung und mithin um die Neujustierung von Kräftebalancen.

Ohne die Verantwortung der verschiedensten regionalen Akteure für das gegenwärtige Desaster in irgendeiner Weise schmälern zu wollen – worauf an weiterer Stelle noch dezidiert einzugehen sein wird –, kann dennoch nicht darüber hinweggesehen werden, dass es sich dabei in beträchtlichem Maße auch um Folgewirkungen einer verfehlten, über ein Jahrhundert zurückzufolgenden westlichen Politik geht. Wollte man sich also westlicherseits ernsthaft den Ursachen zuwenden, so müsste es zuvörderst um eine selbstkritische Aufarbeitung bisheriger bis in die Geschichte zurückreichender eigener Politik gehen.

1) Dieser in letzter Zeit häufiger verwendete Terminus findet sich beispielsweise im Gastkommentar des Leiters der Stiftung Wissenschaft und Politik, Volker Perthes, im Handelsblatt vom 12. Januar 2016 oder auch beim russischen Außenminister Sergej Lawrow auf dessen Pressekonferenz zu den Ergebnissen der Tätigkeit der russischen Diplomatie am 26. Januar 2016.

1. Sykes-Picot-Deal als schicksalhafter Ausgangspunkt

Ob man es nun wahrhaben will oder nicht, eine wesentliche Weichenstellung für die außerordentliche Konfliktträchtigkeit der Region ist mit der von westlichen Interessen dominierten Gestaltung der jetzt von IS zur Disposition gestellten nahöstlichen Regionalordnung erfolgt. Denn im Ergebnis des ersten Weltkrieges und dem damit einhergehenden Zusammenbruch des Osmanischen Reiches haben die damaligen imperialen Großmächte, Großbritannien und Frankreich, mit ihrer unmittelbaren Einflussnahme gleich mehrere, durchaus unterschiedlich geartete Konflikte ausgelöst. Nicht nur wurden so die beiden ethnischen und inzwischen auch als "Jahrhundertkonflikte" geltende – die Palästinafrage und das Kurdenproblem – begründet, deren Ungelöstheit als ein permanent destabilisierender Faktor in der Region wirkt. Auch die jeweiligen Staats- und Nationsbildungsprozesse sowie nicht zuletzt auch die Herausbildung dortiger sozioökonomischer Strukturen wie politischer Herrschaftsverhältnisse wurden dadurch erheblich negativ beeinflusst.

Auf der Grundlage des am 16. Mai 1916 zwischen dem Außenminister Großbritanniens, Mark Sykes, und seinem französischen Amtskollegen, Francois Picot, vereinbarten Geheimabkommen hatten beide Länder die Aufteilung des Nahen Ostens unter sich verfügt und ihre jeweiligen Einflussphären damit vertraglich gegeneinander abgegrenzt.² Zwar bildete deren Aufteilung dann die Grenzen für die im Wesentlichen nach Ende des zweiten Weltkrieges als eigenständiges Völkerrechtssubjekt proklamierten Nationalstaaten. Für die Völker indessen bildete es dennoch ein gegen ihren Willen implementiertes Kolonialprojekt³ – orientiert an den egoistischen Interessen der beiden damaligen Großmächte und basierend auf dem Prinzip des Divide et Impera. Nicht

umsonst ist diese Kolonialpolitik auf den erbitterten Widerstand der dortigen Völker gestoßen und waren die beiden Kolonialmächte über die nachfolgenden Jahrzehnte mit beinahe ununterbrochenen antikolonialen und oft nur unter Einsatz heftigster Gewalt niederzuschlagenden Erhebungen konfrontiert, die im Bewusstsein heutiger Generationen noch ihren Platz haben.

In völliger Ignoranz jeweiliger ethnischer und religiöser Gegebenheiten wurden auf der Grundlage von "Sykes-Picot" Nationalstaatsgrenzen gezogen, wo keine zusammenhängenden Nationen existierten, sondern stattdessen ein mehr oder weniger facettenreiches Völker- wie Religionsmosaik. Das zusammenhängende Siedlungsgebiet der Kurden hingegen wurde zerstückelt und auf fünf Länder aufgeteilt. Die Bildung des Staates Irak erfolgte durch willkürlichen Zusammenschluss dreier ehemals osmanischer Provinzen, nämlich von Bagdad, Basra und Mossul. Wobei es wegen der Provinz Mossul, darunter insbesondere auch der Stadt Kirkuk, immer wieder Streit gegeben hat.⁴ Palästina, das eigentlich als neutral eingestuft worden war, wurde dann 1917 der zwei Jahrzehnte zuvor in Basel formierten Zionistischen Weltorganisation als "nationale Heimstätte für das jüdische Volk" in Aussicht gestellt.⁵ Das syrische Kerngebiet wurde erheblich fragmentiert, indem von der französischen Kolonialmacht 1920 die Abspaltung des Libanon und nachfolgende Ausrufung des "Staates des Großen Libanon" sowie 1939 die Abtretung der syrischen Provinz Iskanderun, dem heutigem Hatay, an die Türkei verfügt worden war. Das Gebiet östlich des Jordan-Flusses wurde zum Territorium eines völlig neuen Staates Jordanien erklärt, um damit vor allem jenen arabischen Herrschern, denen noch 1915 ein Großarabisches Reich zugesagt worden war, wenigstens noch etwas entgegenzukommen und sie so in den Kämpfen des ersten Weltkrieges an der Seite der Entente zu halten.⁶

- 2) Die dem zaristischen Russland zugestandenen Einflussräume in der Region wurden seitens der Sowjetregierung per Dekret vom 14. Januar 1918 für null und nichtig erklärt. Bereits im "Dekret über den Frieden" vom 26. Oktober 1917 war jeder Nation, ungeachtet ihres jeweiligen Entwicklungsstandes und ihrer geografischen Lage das unveräußerliche Recht auf nationale Unabhängigkeit zugesprochen worden. Was vor allem auch die nationale arabische Befreiungsbewegung nachweislich in den nachfolgenden Jahrzehnten bis dann zur tatsächlichen Erlangung der staatlichen Souveränität stimuliert hat. Aus heutiger Sicht durchaus bemerkenswert ist, dass dieses Abkommen damals nicht nur von der Sowjetregierung öffentlich gebrandmarkt wurde. Auch die USA hatten es seinerzeit abgelehnt und sich stattdessen für das Selbstbestimmungsrecht der Völker ausgesprochen.
- 3) So wurde gemäß diesem "Sykes-Picot-Deal" verfügt, Mesopotamien (ohne Mossul), das spätere Transjordanien, die palästinensischen Hafenstädte Haifa und Akka, das nördliche Wüstengebiet der Arabischen Halbinsel sowie die arabischen Küstengebiete am Arabisch-Persischen Golf und Roten Meer Großbritannien zu unterstellen. Dem Einflussbereich Frankreichs hingegen wurden Syrien, Libanon und das damals bereits als ölfreich bekannte Gebiet um Mossul zugeordnet. (Nachträglich insofern korrigiert, als Mossul dann doch dem britischen Einflussgebiet zugeschlagen worden ist.) Palästina hingegen sollte einen internationalen Status erhalten.
- 4) So war es unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches zum Streit zwischen Großbritannien und der Türkei über die Provinz Mossul gekommen. Eben, weil die Türkei die vom Völkerbund kraft der Konferenzen von San Remo und Sèvres im April beziehungsweise August 1920 getroffene Entscheidung über deren Zuordnung zu Irak nicht anerkennen wollte. Und zwar mit der Begründung, wonach sie zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Mudros Teil türkischen Staatsgebietes gewesen sei. Großbritannien hingegen hatte vorgegeben, die aus der Türkei geflohenen Assyrer hier als kompakte nationale Minderheit ansiedeln zu wollen. In Wirklichkeit aber ging es allen Beteiligten um das dortige Erdöl. Mit der Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom Dezember 1925, Mossul Irak zuzuordnen, war dann der britische Zugriff auf das Mossulöl gewährleistet. Als Äquivalent dafür wurde der Türkei eine auf 25 Jahre befristete 10%-ige Gewinnbeteiligung an der Ölförderung zugesichert.
- 5) Und zwar in Form eines Briefes, den der nach Sykes ins britische Außenministerium gekommene Lord Balfour an den seinerzeit einflussreichsten Vertreter der zionistischen Bewegung Lord Rothschild gerichtet hatte, indem es wörtlich hieß: "Die Regierung seiner Majestät betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Ziels zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina in Frage stellen könnte."
- 6) Denn um Besagte während des ersten Weltkrieges an der Seite der "Entente" zu halten, war eigentlich dem damaligen Großscherifen von Mekka durch den britischen Hochkommissar Mac Mahon in Ägypten 1915 in schriftlicher Form Unterstützung bei dessen Bestreben nach Errichtung eines theokratischen arabischen Einheitsstaates südlich des 37. Breitengrades nach Kriegsende zugesichert worden. Was sich jedoch im Nachhinein mit "Sykes-Picot" als reine Diabolik erwies.

Auch die sich dort unter dem Einfluss der beiden Kolonialmächte herausbildenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse wiesen – wie auch in kolonial abhängigen Ländern anderer Regionen – vielerlei Besonderheiten auf, an denen die betreffenden Ökonomien mehr oder weniger bis heute krankten. So formierte sich der wesentliche Teil der einheimischen Bourgeoisien nicht im industriellen Bereich, sondern rekrutierte sich hauptsächlich aus Großhändlern, Wucher treibenden Geschäftemachern und Großgrundbesitzern, deren Interessen eng mit dem ausländischen Kapital verbunden waren.

Daran änderte auch die Erlangung der politischen Unabhängigkeit der Staaten im Ergebnis des zweiten Weltkrieges nur wenig. Zwar eröffnete die danach einsetzende Rivalität zwischen Ost und West um diesen globalstrategisch bedeutsamen und ressourcenreichen Teil der Welt den politisch unabhängigen Staaten gewisse Freiräume in ihrer Politik. Aber sie gestattete ihnen offensichtlich nicht – sieht man einmal von den Besonderheiten der Ölmonarchien am Golf oder ganz und gar auch von Israel ab –, ihre ökonomischen Strukturen den Erfordernissen sich selbst tragender Entwicklungen anzupassen. Mehr oder weniger zu Werkbänken transnationaler Konzerne degradiert, wurden damit einhergehend insbesondere die verarbeitende sowie die mit der Landwirtschaft verbundene Industrie vernachlässigt und gestaltet sich die Entstehung eines nationalen Reproduktionsprozesses umso schwieriger.

Selbst ein Land wie Ägypten, in dem sich kapitalistische Produktionsverhältnisse nun schon über fast zwei Jahrhunderte allmählich, wenn auch nicht gradlinig, herausgebildet und konsolidiert haben und welches über die im Vergleich zu anderen arabischen Staaten am breitesten diversifizierte materiell-technische Basis der Wirtschaft verfügt, wird von den Folgen der Marktradikalisierung des Kapitalismus und deren gefährlichen Verwerfungen mit voller Wucht getroffen. So geriet das Land bei stetig steigender Auslandsverschuldung mehr und mehr in die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten und vor allem vom Technologietransfer. Durch den Profittransfer ausländischer Monopole, die Zahlung für Schuldendienste sowie durch Flucht ägyptischen Geldes fließt mehr Kapital aus Ägypten in westliche Staaten als umgekehrt. Mit der Konsequenz, dass die Zeche dafür von der einheimischen Bevölkerung zu tragen ist und dass die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, aber nicht zuletzt auch unter akademisch Gebildeten, geradezu schwindelerregend weiter steigt

und das allgemeine Lebensniveau immer mehr absinkt. Fortgesetzte Preissteigerungen, an erster Stelle für Grundnahrungsmittel, von 50 Prozent und mehr, tragen hierzu in hohem Maße bei.

2. US-amerikanisch-russische Rivalitäten

Dass die Region mit Ende des zweiten Weltkrieges zu einem der Hauptaustragungsorte der Blockkonfrontation geworden ist, war jedoch keineswegs zufällig. Die USA hatten nämlich schon vor der Übernahme ihrer Führungsrolle innerhalb der westlichen Welt nach dem zweiten Weltkrieg das Interesse an der globalstrategisch so bedeutsamen Region bekundet,⁷ die von ihr dann in den 1950er Jahren zur "vitalen Interessenssphäre" erklärt worden war.

Zu Zeiten des Kalten Krieges ging es hauptsächlich um den Wettbewerb der Gesellschaftssysteme, also um das Bemühen, die politisch unabhängig gewordenen Staaten auf die jeweilige eigene Seite zu ziehen und mithin Einfluss auf die Orientierung dortiger gesellschaftlicher Entwicklungen zu nehmen.

Die nationalen Emanzipationsbestrebungen, die sich in mehreren Nahoststaaten unter dem politisch-ideologischen Einfluss arabisch-nationalistischer Spielarten und getragen von Vertretern der Zwischenschichten, vornehmlich der militärischen Intelligenz, ausprägten, gerieten folglich rasch in das Fadenkreuz US-imperialer Missliebigkeiten. Dementsprechend wurde den Kräften, die westlichen Interessen entgegenstanden und die sich unter dem Banner antiimperialistischer nationaler Selbstbestimmung versammelten, entweder mit direkter Gewalt oder dem Einsatz verschiedenster konspirativer Mittel begegnet.⁸ Während der Ostblock Entwicklungen wie die Nationalisierung von Erdöl oder die Verstaatlichung einheimischer Großunternehmen und die Durchführung von Agrarreformen nicht nur begrüßte, sondern auf vielfältige Weise zu unterstützen bestrebt war, weil er darin eine Reserve seines angestrebten sozialistischen Vormarsches in der Welt erblickte, suchte sie der Westen nicht nur als feindlich einzustufen, sondern deren Träger möglichst wieder aus dem Beziehungsgefüge zu Moskau herauszulösen. So im Falle Ägyptens nach dem Tode von Nasser 1970 unter der Präsidentschaft von Anwar al-Sadat. Anders das Baath-Regime in Syrien, das sich unter ausdrücklicher Berufung auf seine panarabisch-nationalistische Ideologie derartigen Versuchen gegenüber als eher unwillig erwies. So wunderte es dann auch nicht, dass dieses Land als eines der ersten auf die 1979 in den USA erstellte

7) So unterzeichnete die amerikanische "Standard Oil Company of California" für die USA im Mai 1933 mit der saudischen Regierung einen auf 66 Jahre bemessenen Konzessionsvertrag zur Erkundung und Ausbeutung von Erdöl in Saudi-Arabien. Die am 14. Februar 1945 auf dem US-Kreuzer "Quincy" geführten Gespräche zwischen US-Präsident Roosevelt und König al-Saud fungierten als programmatische Grundlage für die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen speziell in Saudi-Arabien.

8) In den 1950er Jahren mit dem vorrangigen Ziel, eine weitere ideologische Expansion des kommunistischen Ostblocks zu verhindern. So der 1953 in Iran von der CIA betriebene Sturz von Mossadegh, wegen dessen an den nationalen Interessen Irans orientierten und sich gegen ausländische Einmischung wendenden Politik; 1956 der gegen Ägypten geführte Krieg wegen der von der Nasser-Regierung verfügten Verstaatlichung des Suez-Kanals oder 1958 in Libanon die Landung der damals berühmten Ledernacken zur Wiedereinsetzung der zuvor durch einen Volksaufstand gestürzten proamerikanischen Machtriage Chamoun/Malik.

Terrorstaatenliste gesetzt worden ist. Traditionalistische autoritär verfasste Herrscherhäuser hingegen hatten wegen ihrer Ausrichtung auf den Westen nichts zu befürchten. Deren Stabilität und Sicherheit galt als sakrosankt. Da störte es auch nicht, dass – entgegen allen vom Westen ansonsten beschworenen Werten von Demokratie und Menschenrechten –, diese ihre demokratiefeindlichen Herrschaftsmethoden teilweise mit brutaler Gewalt durchzusetzen suchten und die Bevölkerung ihrer Länder von nahezu jeglicher Partizipation fernhielten. Folglich war jegliche eigene Demokratieerfahrung unter derartigen Bedingungen kaum zu erwerben. Zugleich erwiesen sich sowohl nationalistische als auch islamistische Ideologiemuster als unfähig, den pluralen ethnischen wie religiösen Gegebenheiten der betreffenden Länder Rechnung zu tragen. Insbesondere der jeweilige Anspruch auf entsprechende Exklusivität (Arabersein und damit keine entsprechende nationale Minderheitenpolitik bzw. Dominanz des Sunnitischen oder Schiitischen und damit keine religiöse Minderheitenpolitik) trug hierzu bei.

Heute, da es in der Region vor allem um den Widerstreit zwischen den USA und Russland über den Charakter unserer Weltordnung im 21. Jahrhundert und mithin auch der Regionalordnung geht, scheinen Syrien und das Baath-Regime in Damaskus erneut ein Schlüsselglied zu sein. Inwieweit gelingt es den USA, die nach dem Ende der Blockkonfrontation angestrebte Neuordnung der internationalen Beziehungen unter ihrer Ägide zu gestalten? Oder vermag sich ein eher multipolarer Ansatz, wie von Russland präferiert, durchzusetzen, bei dem sich Russland auf das in der UN-Charta verankerte Nichteinmischungsprinzip beruft und von dem es seine strikte Ablehnung jeglicher von außen beförderter Regime-Wechsel ableitet? Das steht jedoch im krassen Widerspruch zu US-amerikanischen Intentionen, denen – wie sich in Irak 2003 und in Libyen 2011 gezeigt hat – eben gerade daran als erklärter Bestandteil des von den USA anvisierten "Neuen Nahen Ostens"⁹ gelegen ist. Aus US-Sicht verkörpert das Damaszener Regime, gestützt auf seine Baath-Ideologie als Gesellschaftsmodell eines "dritten Weges", ein überholtes Relikt aus der Ära der Blockpolarität, welches bereits bei seiner Machtübernahme im März 1963 als missliebig galt. Und dies nun umso mehr, als dessen zu jenen Zeiten politisch-ideologisch begründete Anbindung an Moskau, wenn auch auf veränderten Prämissen, weiterhin fortbesteht.

Dass sich Russland mit Ausbruch der innersyrischen Auseinandersetzungen unmissverständlich an die Seite des Baath-Regimes gestellt hat, ist zum einen darin begründet, dass es durch äußere Kräfte beförderte

Regime-Changes ablehnt. Deshalb hat es auch mehrmals von seinem Veto-Recht Gebrauch gemacht, um eine Wiederholung des "Libyschen Szenarios" im Wege des gezielten westlichen Missbrauchs einer UN-Sicherheitsratsresolution zu verhindern. Mit seinem direkten militärischen Eingreifen seit September 2015 hat es wesentlich dazu beigetragen, dass das Baath-Regime – anders als vergleichsweise 2003 das dortige in Irak – Teil der Lösung der Syrien-Krise bleibt. Zum anderen hat es bei alledem auch eigene Interessen im Auge. Dazu gehört neben seinem Flottenstützpunkt in Tartous auch die erst neuerdings in Humaimim errichtete Luftwaffenbasis.

Obwohl es – trotz oder gerade wegen des direkten russischen Militärengagements in Syrien – in der bilateralen Kooperation zwischen den USA und Russland seit Anfang 2016 vor allem im Hinblick auf die Beendigung dortiger Kampfhandlungen bestimmte Fortschritte gegeben hat, hapert es jedoch weiterhin an der erforderlichen Vertrauensbildung. Russland ist es dank seiner Syrien-Politik in hohem Maße gelungen, seine Rolle als ein wieder maßgeblicher Player auf der internationalen wie nahöstlichen Bühne zu untermauern. Damit werden die Bestrebungen der USA auf die Etablierung ihrer Hegemonierolle unterlaufen. Nur ein fairer Interessenausgleich zwischen beiden wäre in der Lage, die Zuspitzungen in der Region nachhaltig de-eskalieren zu helfen und darauf aufbauend einer tragfähigen internationalen wie regionalen Ordnung den Weg zu bahnen.

3. "Arabischer Frühling" – Katalysator durch US-Krieg 2003 ausgelöster regionaler Dynamiken

Obwohl die unter dem Begriff "Arabischer Frühling" firmierende und sich – beginnend mit den Präsidentenstürzen in Tunesien und Ägypten Anfang 2011 – nahezu flächendeckend über alle arabischen Staaten der Region ausbreitende Protestbewegung ihr eigentliches Ziel der Erköpfung von "Karama, Hurriya, Adala (Würde, Freiheit, Gerechtigkeit)" nicht zu erreichen vermochte, markiert dieses Ereignis dennoch einen historisch bedeutsamen Einschnitt. Und zwar insofern, als damit eine weitere Verschiebung der innerregionalen Kräftebalance einhergegangen ist und sich die durch den US-Krieg gegen Irak in Gang gesetzte Dynamiken noch verschärfend beschleunigt haben.

Nicht nur ist nun Irak auf bestem Wege zu einem "gescheiterten Staat" und droht Syrien unter Umständen ein analoges Schicksal. Damit stünde zugleich die bisherige, auf der Basis von "Sykes-Picot" fußende Territorialordnung zur Disposition. Vor allem aber hat ein gefährliches Ringen um eine regionale Vormacht-

9) Gemäß inzwischen publik gewordenen Planspielen des Pentagon von Anfang der 2000er Jahre war zu solchen Wechsel-Zwecken von als missliebig eingestuften Regimes durchaus noch eine Reihe weiterer Kriege in der Region vorgesehen. Darunter an vorderer Stelle auch gegen Syrien – also weit vor Ausbruch der dortigen Auseinandersetzungen. Die Idee von der Schaffung eines "Neuen Nahen und Mittleren Ostens" geht übrigens auf die damalige US-Außenministerin Condoleezza Rice zurück und ist von ihr 2006 während des von Israel geführten Libanon-Krieges ins Spiel gebracht worden als Präzisierung des bis dato von den USA postulierten Projekts eines so genannten Greater Middle East.

stellung eingesetzt, durch das die Region mehr und mehr an den Abgrund gerät, und zwar aufgrund des hier vorhandenen riesigen Kriegsgerätearsenals, dessen beständige Bestückung von weltweiten Waffenproduzenten als einträgliches Geschäft angesehen wird.

3.1. Implodierender Irak und Entstehung von IS

Vielen mag nach wie vor als genugtuend erscheinen, dass in Bagdad das von Saddam Hussein geführte Baath-Regime von der Macht verdrängt worden ist. Nichtsdestoweniger aber hat sich der speziell zu diesem Zweck von den USA vom Zaune gebrochene Krieg in mehrfacher Hinsicht als ein völliges Desaster herausgestellt, beginnend damit, dass dessen Hauptbetreiber Ex-US-Präsident George W. Bush in eklatanter Weise Völkerrecht gebrochen und damit anstatt der "Stärke des Rechts", das "Recht des Stärkeren" demonstriert hat. Obwohl doch sein Vater und Vorgänger im US-Präsidentenamt eigentlich nach dem Ende der Blockkonfrontation unter US-Hegemonie den Anbruch einer neuen Ära verheißen hatte, "einer Ära, in der die Völker der Welt, Ost und West, Nord und Süd, prosperieren und in Harmonie leben können".¹⁰ Stattdessen aber sah sich Irak nach der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges erlangten Unabhängigkeit erstmals wieder von ausländischen Truppen besetzt. Ein Umstand, der per se im Bewusstsein ehemals kolonial abhängiger Völker tiefe Wunden reißt, da die Befreiung von ausländischen Truppen eine der Hauptziele des früheren nationalen Befreiungskampfes gewesen ist und als eine dessen größter Errungenschaften gilt. Anstelle der versprochenen Beförderung von Demokratie und Menschenrechten bildete sich vielmehr ein System von Partikularinteressen heraus und wurde der Grundstein für das Entstehen und Wirken von IS gelegt – einschließlich der nun auch Europa und Deutschland erreichenden Folgeerscheinungen.

Der von der US-Besatzungsmacht installierte konfessionalistisch-ethnisch determinierte politische Machtverteilungssproporz – ein Schiit als Ministerpräsident, ein Kurde als Präsident, ein Sunnit als Parlamentspräsident – trug maßgeblich mit dazu bei, dass sich seither Sunniten und Schiiten in immer offenerer Feindschaft begegnen. Nach diesem Proporz liegt die politische Macht im Land in der Hand von Schiiten, die diese zugunsten der eigenen Klientel und mithin zulasten der Stellung von Sunniten in Politik, Militär und Verwaltung zu nutzen bestrebt sind. Die Kurden hingegen verfügen über eine de facto Selbstständigkeit über die drei nördlichen Provinzen des Landes –

Erbil, Dohuk und Suleimaniya – und verfolgen, wenn dort auch untereinander teilweise heftig zerstritten, im irakischen Zentralverbund ihre eigene Agenda. Somit sind die Sunniten die sichtlich benachteiligte Bevölkerungsgruppe – alles in allem eine Art bewusst herbeigeführte Umkehr der Verhältnisse wie zu Zeiten von Saddam Hussein wegen dessen sunnitischen Zugehörigkeit; obwohl das Regime selbst doch eigentlich eher säkular ausgerichtet gewesen ist.

Den heute politisch Verantwortlichen, namentlich die den Ministerpräsidenten stellende schiitisch-islamistische Dawa-Partei, geht es nicht in erster Linie um das Wohl des Landes und dessen Bevölkerung insgesamt, sondern zuvörderst um die Sicherstellung der eigenen Pfründe. Mit der Konsequenz, dass sich Irak im Prinzip seit den vergangenen 13 Jahren im Zustand sowohl anhaltend instabiler Sicherheitslagen¹¹ als auch permanenter Staats- und Regierungskrisen befindet.¹² Nicht nur wird ein Referendum über die Lösung der drei kurdischen Provinzen vom Rest Iraks immer wahrscheinlicher; zudem verstärken sich auch noch Autonomiebestrebungen des schiitischen Südens um die Hafenstadt Basra.

Mit diesem zugunsten der Schiiten veränderten Machtproporz ist zugleich auch eine Veränderung der sunnitisch-schiitischen Kräftebalance auf regionaler Ebene mit ihrerseits nachhaltigen Wirkungen eingetreten. So hat die grundgesetzlich verankerte Dominanz von schiitischen politischen Vertretern an den Schalthebeln der Macht in Bagdad dem schiitischen Mullah-Regime in Teheran die Chance zur Ausweitung seines politischen Einflusses in einem zusammenhängenden geografischen Raum eröffnet – sich von Iran über Irak und Syrien bis hin zur Levante erstreckend und vom jordanischen König deshalb auch sinnbildlich als "schiitischer Halbmond" bezeichnet. Durch ihn sieht sich insbesondere Saudi-Arabien herausgefordert, und er wird auch von Israel als seine ärgste Herausforderung angesehen. Neben dessen scharfer Kritik am Teheraner Nuklearprogramm, die sich gleichermaßen auf das nun ausgehandelte Atom-Abkommen bezieht, hat es ebenso stets die – israelischerseits auch als "Widerstandsachse" titulierte – Allianz zwischen Syrien, Iran und Hizbullah als "rote Linie" für sich eingestuft.

Als weitere, über die Region weit hinaus wirkende Tragödie dieses 2003er-US-Krieges gegen Irak ist zweifellos anzusehen, dass aus dessen Trümmern eine neue Stufe des islamistischen Extremismus erwachsen ist. Oder anders gesagt, dass dieser Krieg die eigentliche Ursache jenen Terror-Übels ist, welches nun mit aller Macht ausgerottet werden soll.

10) George H.W. Bush, Address Before a Joint Session of Congress, September 11, 1990.

11) Gemäß Zahlen der UN Unterstützungsmission für Irak (UNAMI) seien monatlich tausende Opfer zu beklagen; allein 2016 im März 1.119 Tote und 1.561 Verwundete – zumeist Zivilisten. Vgl. dazu Newsletter der Iraqi Democratic Movement "At-Tiyar" vom 17. Mai 2016.

12) Wie Anfang 2016, als Premierminister Haidar al-Abadi mit seinem Versuch, eine "Technokraten"-Regierung zusammenzustellen, um so der immer weiter ausufernden Korruption zu begegnen und zugleich eine höhere Professionalität beim Regieren sicherzustellen, sowohl auf den Widerstand seiner eigenen Partei als auch den seitens der Kurden traf. Weil damit vom Kern her das Klientel-Prinzip bei der Vergabe von Ministerposten wie bei den Beamtenstellen – angetastet würde. Rund 8.000 "Dawa"-Bürokraten müssten möglicherweise um ihre Jobs fürchten und Kurden könnten nicht mehr über das Ölministerium verfügen, zumal deren materielle Pfründe ohnehin schon durch den Ölpreis-Verfall erheblich geschrumpft sind.

Denn nicht nur hat Al-Qaida erst im Ergebnis dieses Krieges hier überhaupt festen Fuß gefasst, sondern es hat sich daraus dann über verschiedene Stufen schließlich dieser IS als eine besonders große zivilisatorische Herausforderung und sicherheitspolitische Bedrohung formiert – wie sich überhaupt daneben in Irak immer zahlreichere bewaffnete Gruppierungen gebildet haben. Dies wurde befördert durch die von der US-Besatzungsmacht veranlasste rigorose Ausgrenzung jeglicher in das Saddam-Regime eingebundener Personen und deren demütigende Behandlung in den Gefängnissen wie Abu Ghaib oder Camp Bucca – gepaart mit der sichtlichen Benachteiligung der sunnitischen Bevölkerungsteile insgesamt. Diese in toto aus der Gesellschaft ausgeschlossenen Ex-Baathisten fanden offenkundig bei islamistischen Extremisten ein geeignetes Wirkungsfeld, um sich nicht nur an den Besatzern zu rächen, sondern sich möglicherweise auch Wege zur Rückkehr an die Macht erschließen zu wollen. Denen verdankt nun IS in erster Linie seine bisher besonders auffällige Professionalität und Schlagkraft.

Genau genommen verkörpert IS hinsichtlich seiner politisch-ideologischen Zuordnung eine Symbiose. Einerseits durchaus säkular ausgerichtete und rational handelnde Akteure in Gestalt ausgegrenzter Ex-Baathisten mit Erfahrungen im Kriegshandwerk wie in der staatlichen Administration verbinden sich mit andererseits ideologischen Eiferern, deren Geistesgut jenem in Saudi-Arabien als Staatsdoktrin fungierenden Wahhabismus¹³ vergleichbar ist. Im Unterschied zu Osama Bin Ladin, der seine Terror-Aktivitäten als Auftakt zu einem erst in der weiteren Zukunft liegenden Kalifat ansah und dessen Al-Qaida von ihm als flexibel operierendes Netzwerk geografisch autonomer Zellen konzipiert worden ist, hatte es IS zuerst einmal auf die Eroberung von Territorium zum Zwecke der eigenen Staatsgründung abgesehen. Und mit seiner dann im Sommer 2014 erfolgten Ausrufung des Kalifats "Islamischer Staat" wurde von ihm ein gezielter Angriff auf die bisherige staatsterritoriale Regionalordnung als ausdrückliche Korrektur von "Sykes-Picot" gestartet. Immerhin war es IS dabei zwischenzeitlich wie zuvor keiner vergleichbaren anderen Gruppierung gelungen, Gebiete von zwei souveränen Staaten

in durchaus beträchtlichem Ausmaß seiner militärischen Kontrolle und administrativen Verwaltung zu unterstellen, sich einen selbst tragenden Finanzstock zu verschaffen und die modernen digitalen Medien für die eigenen Zwecke einzuspannen.

Dass IS seine Kalifatsstaatsidee mit dem als Kalif Ibrahim¹⁴ inthronisierten Abu Bakr al-Baghdadi und Raqqa als Hauptstadt überhaupt ins Werk zu setzen vermochte, hat zweifellos mit dem auf syrischem Boden entstandenen Sicherheitsvakuum zu tun, welches im Zuge der Umwandlung der innersyrischen Auseinandersetzungen in gleich mehrere Stellvertreterkriege entstanden ist.¹⁵ Hinzu kommt die weit reichende finanzielle und andere materielle Unterstützung, darunter der reichliche Nachschub von Waffen. Weiter ist bedeutsam, dass es ihm lange Zeit ermöglicht worden ist, eine beständig wachsende Zahl tötungswilliger junger Männer aus allen Teilen der Welt, darunter Europa und Deutschland, zum Jihad – also zum heiligen Krieg unter dem Banner des Islam – nach Syrien einreisen und sich dessen Kriegskasse reichlich füllen zu lassen durch Freikäufe zuvor gekidnappter aus dem Westen stammender Personen, durch Verschacherung von Kunst- und Kulturgütern, auch auf westlichen Schwarzmärkten, durch die Erdöl-Vermarktung von eroberten Feldern und Raffinerien, durch reichlich fließende Geldströme von privaten Sponsoren aus Golf-Staaten. Wohl geschah dies alles in erster Linie zu dem Zweck, den anvisierten Sturz von Assad so noch weiter beschleunigen zu können. Hatte eine solche zeitweilige Instrumentalisierung doch schon zuvor in Afghanistan funktioniert, als sunnitisch-salafistisch-jihadistische Kämpfer vom Schlage eines Osama Bin Ladin und der von ihm implementierten Al-Qaida gegen die sowjetische Militärpräsenz in Afghanistan nachweislich von den USA und Saudi-Arabien gepöppelt worden waren. Bis sie dann nach Erfüllung ihrer Mission und der Änderung ihrer Stoßrichtung auf saudische und US-Ziele zu außerhalb jeden Rechts und Gesetzes bekämpften Feindbildern geworden sind.

Die Frage aber ist, ob sich für IS tatsächlich, wie verschiedentlich Analysten meinen, mit der Zerschlagung des von ihm ausgerufenen Kalifats auch dessen eigene Daseinsgrundlage erübrigen würde.¹⁶ Damit

-
- 13) Benannt nach dem Religionsgelehrten Mohammed Ibn Abdelwahhab (1703-1792), einem Anhänger des extrem orthodoxen Islamgelehrten Ibn Taimiya (1263-1328), der wiederum ein glühender Verfechter von Ahmed ibn Hanbal (780-855), dem Begründer einer der vier sunnitischen und mit der Anwendung der Körperstrafen besonders rigiden Rechtsschule. Ursprünglich ausgeformt "als Ideologie der Neubildung eines Nomadenstaates in bewusster Abgrenzung vom Heiligenkult, von der Mystik der Schiiten und von dem Islam des Osmanenreiches als extremer Purismus". Vgl. dazu Burchard Brentjes, *Unter Halbmond und Stern. Der Islam Ä Religion, Weltanschauung oder Lebensweise?*, Berlin 1980, S.117.
- 14) In dem einzigen von ihm per Bild übermittelten Video aus Anlass der Kalifatsausrufung hat er überdies die Renaissance des Kalifats als eine lange Zeit vernachlässigte Pflicht der Muslime zu begründen gesucht. Wobei dieses wohl nicht allein als politische Entität, sondern zugleich als ein Mittel zur Errettung dienen soll.
- 15) Anfangs hatte IS – unter dem damaligen Kürzel ISIS oder ISIL – in Syrien durchaus noch als militärische Abteilung auf Seiten der "Freien Syrischen Armee" gegen das Assad-Regimes operiert. Dann jedoch bald danach mit Jabhat al-Nusra eine separate Abteilung unter Führung von Mohammed al-Golani gebildet, der einst als Stellvertreter des als Begründer von IS geltenden und im Juni 2006 bei einem US-Angriff in Irak getöteten Abu Musab al-Zarkawi fungiert hatte. Dass es inzwischen zum Zerwürfnis zwischen IS und dieser Jabhat gekommen ist, hat offensichtlich mit deren Weigerung zu tun, sich der Führung von Abu Bakr al-Baghdadi zu unterstellen, sondern sich stattdessen lieber weiterhin gegenüber Al-Qaida-Anführer und Bin Ladin-Nachfolger Ayman al-Zawahiri loyal verhalten zu wollen. Inzwischen will sich die Nusra-Front – so dies dann tatsächlich stimmen sollte – auch von Al-Qaida losgesagt haben; höchstwahrscheinlich, um so der Einstufung als Terrororganisation zu entkommen. Zumindest operiert sie neuerdings unter der Bezeichnung Jabhat Fatih al-Scham (Syrische Eroberungsfront).
- 16) Wie beispielsweise von Graeme Wood in seiner im März 2015 bei The Atlantic unter dem Titel "What ISIS Really Wants", publizierten Studie unterstellt. Während wiederum andere davon ausgehen, dass sich mit dem Tod von al-Baghdadi das Kalifat erledigt haben würde, da dieses mit seiner speziellen

fühlten sich sicherlich vor allem auch jene Politiker bestätigt, die davon überzeugt sind, ihn militärisch besiegen zu können. Indessen aber ist wohl eher zu vermuten, dass je stärkerem Druck er sich in seinen bisherigen territorialen Standorten ausgesetzt sieht, desto größer seine Entschlossenheit sein wird, sich der Kampfmethodik von Al-Qaida wieder zu nähern, also dezentralisierter zu agieren, was ihn möglicherweise noch unberechenbarer werden lässt.

In der Tat ist dessen einstiges Territorium von der Größe Großbritanniens inzwischen erheblich geschrumpft. So hat IS im Zeitraum Januar 2015 bis März 2016 ein reichliches Fünftel davon wieder verloren; davon in Irak fast 40 Prozent. In Syrien schlug für ihn vor allem die Rückeroberung von Palmyra durch syrische Regierungstruppen mit russischer Luftunterstützung nachhaltig negativ zu Buche. Auch hat er eine nicht unbeträchtliche Zahl seiner Kämpfer eingebüßt – getötet in erster Linie durch Luftschläge der US-geführten Anti-IS-Koalition. Immer länger wird gleichfalls die Liste seiner zu Tode gekommenen Führungsfiguren, darunter mehrere Militärkommandeure sowie Verantwortliche aus den Bereichen Finanzen, Justiz, Verwaltung und dem Ölgeschäft aus teilweise dem engsten persönlichen Umfeld von Abu Bakr al-Baghdadi, um dessen eigenes Schicksal es gleichfalls schon seit geraumer Zeit vielerlei Gerüchte gibt. Bis hin schon zu wiederholten Meldungen über dessen Tod. Ebenso haben sich durch die Zerstörung von Raffinerien und Sammelstellen für den Öltransport die Möglichkeiten zur Akquirierung finanzieller Mittel erheblich eingeschränkt, was sich nicht zuletzt in einer bereits sehr drastischen Kürzung des monatlichen Solds für die Kämpfer niederschlägt. (Immerhin hatte IS nach Experten-Schätzungen 2014 noch rund 3 Millionen US-Dollar pro Tag zu generieren vermocht.) Das alles trägt zum Absenken der Kampfmoral bei und lässt die Zahl der Fahnenflüchtigen steigen.

Nichtsdestoweniger wäre es aber ein Trugschluss annehmen zu wollen, dass IS allein mit militärischen Mitteln auf Dauer zu besiegen wäre. Sollen doch die für sich annoncierten Terroranschläge in Paris, Brüssel oder auch in Ansbach vor allem der westlichen Welt signalisieren, dass IS entschlossen ist sich für die gegen ihn gerichteten Militärschläge zu rächen und gleichzeitig zu demonstrieren, dass die Zahl seiner autonom handelnden Zellen im Westen wächst. Die Botschaft lautet: Al-Qaida konnte schon nicht in 15 Jahren "Krieges gegen den Terror" ausgemerzt werden, stattdessen ist mit IS noch eine weitere Stufe islamistischen Extremismus entstanden, dessen Bekenner sich inzwischen schon nahezu um die halbe Welt verteilen, die immerhin auch schon auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel und im libyschen Syrte sowie im Norden Malis Gebiete ihrer Kontrolle zu unterwerfen vermocht haben.

3.2. Brisantes regionales Vormachtgebaren

In dem Bestreben, den "Arabischen Frühling" für eine zu ihren Gunsten veränderte regionale Kräftebalance zu nutzen, haben die Regionalmächte entscheidend zu dieser allgemeinen Gewalteskalation beigetragen. Das führte dazu, dass sich die Region – wie eigentlich schon seit Jahrzehnten nicht – wieder entlang konfessionalistischer Trennlinien aufgespaltet hat und sich autoritaristische, antidemokratische Herrschaftsverhältnisse anscheinend stärker denn je zu behaupten suchen. Auch gehen dezidiert jene Mächte, die als engste strategische Verbündete der USA gelten, namentlich Israel, Saudi-Arabien und die Türkei, erkennbar zu ihr auf Distanz und spielen zunehmend ihr eigenes, äußerst riskantes Spiel.

Obwohl auch Golf-Monarchien von der Welle des sich im Rahmen des "Arabischen Frühlings" entfaltenden massenhaften Zorns erfasst worden waren, konnte diese dort geschickt abgewendet werden – mittels entweder großzügiger Sozialprogramme oder, wie im Falle Bahrains, des gewaltsamen Niederkartätschens durch saudische Truppenverbände. Zugleich aber haben es diese Golf-Monarchien verstanden, die mit dem "Arabischen Frühling" einhergehende dezidierte Schwächung der republikanisch verfassten Regimes, allen voran in Ägypten und in Syrien, für die Neujustierung der eigenen Rolle zu nutzen, indem sie sich als Unterstützer der politischen Neuordnung in der Nahostregion gerieren und gleichzeitig das Epizentrum der arabischen Welt auf die Arabische Halbinsel zu verlagern suchen. Oder anders gesagt, indem sie anstelle von Kairo, Beirut, Damaskus oder Bagdad, wo über die Jahrzehnte versucht wurde, eine eher säkular ausgerichtete Meinungsführerschaft zu prägen, diesen Platz nun Er-Riyad zuweisen wollen – allerdings mit der Konsequenz nicht nur einer sichtlichen Re-Islamisierung, sondern auch der Zunahme konfessionalistisch determinierter Spannungen zur Durchsetzung der eigenen Vormachtambitionen.

3.2.1. Saudisch-iranisches Spannungsgefüge

So gesehen kann es eigentlich kaum noch überraschen, dass sich gerade im Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und Iran seit der im Ergebnis des 2003er-US-Krieges beginnenden Verschiebung der Kräftebalance zugunsten des iranischen Einflusses in der Region die Spannungen sichtlich weiter verschärft haben. Ebenso ist es nicht verwunderlich, dass diese insbesondere seit der Machtübernahme der Mullahs in Teheran 1979 schwelende Intimfeindschaft auch heftig auf syrischem Boden ausgetragen wird und die im Zuge des "Arabischen Frühlings" dort im Innern ausgebrochenen Kämpfe rasch in Stellvertreterkriege umgeschlagen sind. Währenddessen möchte Saudi-Arabien wegen Syriens Allianz mit Teheran unbedingt den Sturz des Baath-Regimes unter Assad her-

Vita verbunden sei. Eben, weil sich die Herkunft des 1971 unter dem Namen Ibrahim Awad al-Badri geborenen al-Baghdadi auf den Stamm und sogar die Familie des Propheten zurückverfolgen lassen soll.

beiführen, um so vor allem Iran eine empfindliche Schlappe beizubringen. Gleichzeitig möchte Saudi-Arabien das seit langem – allein wegen dessen säkular ausgerichteten Anspruchs auf eine Führungsrolle bei der Renaissance der arabisch-islamischen Welt¹⁷ – verhasste Regime in Syrien eliminieren. Ihm wird politisch außer seiner Verbrüderung mit dem schiitischen Iran vor allem die Beeinflussung des innerlibanesischen Kräftegefüges zugunsten der schiitischen Hizbullah¹⁸ auf Kosten der dortigen Sunniten angelastet.

Es ist auffällig, dass seit der Inthronisierung von König Salman Bin Abdul-Aziz al-Saud und der Ernennung dessen Sohnes Mohammed Bin Salman zum stellvertretenden Kronprinzen, zweiten Vizepremier und Verteidigungsminister das saudische Vormachtgebaren immer rigoroser durchzusetzen versucht wird, bis hin zur offenen Aggressivität.¹⁹ Dies ist offenkundig von der Überzeugung getragen, als Hüter der heiligen Stätten des Islam in Mekka und Medina zur Führungsrolle historisch berufen zu sein, allerdings mit dem fragwürdig postulierten Ziel, eine neue Ära des Friedens und der Stabilität begründen sowie einen neuen Nahen Osten zum Wohle der Araber und der Muslime schaffen zu wollen.²⁰

Offenkundig ist die beiderseitige Instrumentalisierung der bestehenden religionsideologischen Unterschiede zwischen Saudi-Arabien und Iran: einerseits die saudische erzkonservative, wahhabitisch geprägte Staatsdoktrin und andererseits die iranische, von den Wahhabiten und anderen Salafisten als Ketzertum bezeichnete schiitische Islam-Interpretation. Doch dessen ungeachtet geht es in ihrem Verhältnis doch hauptsächlich um reale Machtpolitik. Seit der Vereinbarung des Atom-Abkommens wird saudischerseits Iran noch umso mehr gefürchtet, als davon ausgegangen wird, dass Iran im Zuge der gelockerten Sanktionen nicht nur zu früherer ökonomischer Stärke zurückfinden, sondern auch eine Veränderung im Verhältnis des Westens ihm gegenüber eintreten könnte. Obwohl es, zumindest was die US-Haltung betrifft, im Moment kaum wirkliche Anzeichen dafür gibt, da sich beider Interessen in der Region doch fundamental unterscheiden und das Mullah-Regime anscheinend davon ausgeht, weiterhin ein Kandidat der US-Regime-Change-Strategie zu sein. Nichtsdestoweniger aber hat sich westlicherseits wenigstens die Erkenntnis durchgesetzt, wonach Iran von keinerlei Regelungen politischer Art

in der Region mehr ausgeschlossen werden könne, wie das noch Anfang 2014 im Zusammenhang mit dem damaligen, neuerdings auch als Genf II bezeichneten, und mithin gescheiterten politischen Lösungsversuch der Syrien-Krise geschehen war.

Bei aller saudischen Unterstützung für den Sturz des Assad-Regimes als Vehikel zur Schwächung des iranischen Einflusses liegt dennoch für Er-Riyad eindeutig das Schwergewicht der Auseinandersetzung mit Iran im unmittelbaren geografisch-nachbarschaftlichen Umfeld. Denn die auf der Arabischen Halbinsel ansässigen Schiiten werden seit eh und je als eine Art "Fünfter Kolonne" Irans angesehen und folglich wird jeglicher Protest von deren Seite gegen religiöse Diskriminierung wie soziale und politische Benachteiligung als mehr oder weniger von Teheran gesteuert interpretiert. Dies gilt natürlich auch für die etwa 15 Prozent Schiiten im eigenen Land, zumal diese hauptsächlich im ölfreie Nordosten angesiedelt sind. Deshalb wurde 2011 die blutige Niederschlagung der wesentlich von Schiiten getragenen Protestbewegung in Bahrain – die dort immerhin 70 Prozent der Bevölkerung ausmachen – mit der Begründung zu rechtfertigen versucht, diese seien von Iran dazu aufgewiegelt worden. Und deshalb wird jetzt ein Vernichtungskrieg in Jemen gegen die sich zum Schiitentum bekennenden und etwa ein Drittel der Bevölkerung umfassenden Huthis geführt. Ihnen wiederum wird vorgeworfen, sich mit Iran bei der Verjagung des sunnitischen Präsidenten Abd Rabbo Mansour Hadi Anfang 2015 aus Sanaa verbündet zu haben.

Saudi-Arabien ist – wie in Bahrain so auch in Jemen, welche es zudem als seine vitale Interessenssphäre definiert – nicht bereit, irgendwelche Verschiebungen im Kräfteverhältnis zu schiitischen Gunsten zuzulassen. Noch umso mehr, als zu Jemen das strategisch bedeutsame Bab al-Mandib (Tor des Wehklagens) gehört, jene 27 km breite Meerengen, die das Rote Meer mit dem Golf von Aden verbindet. Die saudischen Interessen sind augenscheinlich darauf gerichtet, sich mit diesem Krieg vor allem auch die dauerhafte Kontrolle über das Rote Meer zu sichern. So gesehen erschließt sich, warum Saudi-Arabien gerade jetzt die Rückübertragung der saudischen Hoheitsgewalt über die beiden südlich des Eingangs zum Golf von Akaba gelegenen Inseln Tiran und Sanafir vertraglich mit Ägypten fixiert hat.²¹ Damit hätte sich

17) So prangt als Motto der Baath-Partei, was in der Übersetzung aus dem Arabischen Partei der Renaissance oder Wiedergeburt heißt, überall die Losung: Die einheitliche arabische Umma (Gemeinde, Nation) Ä Träger einer ewigen Sendung.

18) Vor allem, um auch das militärische Gewicht von Hizbullah im Vergleich zur libanesischen Armee zu schwächen, hatte Saudi-Arabien Ende 2013 dem Staat Libanon eine Finanzhilfe in Höhe von drei Mrd. US-Dollar gewährt, und zwar zielgerichtet bestimmt für den Ankauf von Kriegsgüter aus Frankreich, die es allerdings inzwischen erst einmal wieder eingefroren hat – als eine Art Strafe dafür, dass in Libanon Hizbullah nicht endlich zur Raison gebracht wird, sondern militärisch wie politisch weiterhin eine derartig einflussreiche Rolle zu spielen vermag. Immerhin ist Hizbullah im Parlament wie in der Regierung vertreten und gilt sie in militärischer Hinsicht als best organisierte und am meisten disziplinierte libanesischen Kraft.

19) Was umso besorgniserregender ist, als Saudi-Arabien jährlich rund 60 Milliarden US-Dollar für militärische Zwecke bereitstellt und im weltweiten Ranking der Waffenimporteure unter den ersten Zehn rangiert. Vergleichsweise bringt es Iran auf nur knapp ein Drittel davon.

20) Vgl. dazu Hassan Bin Youssef Yassin, Hope and life beyond the storm, geposted am 1. April 2016 auf www.arabnews.com

21) Diese eigentlich zur saudischen Provinz Tabuq gehörenden Inseln hatte König al-Saud einst ägyptischer Hoheit unterstellt, um nicht in eventuelle Streitigkeiten über die Straße von Tiran hineingezogen zu werden. Nun befinden sie sich gemäß der in der ersten Hälfte April 2016 unterzeichneten Vereinbarung zwischen König Salman und Ägyptens Präsident Abdel Fattah al-Sisi wieder in der vollen Verfügbarkeit Saudi-Arabiens. Während sich al-Sisi dessentwegen nicht nur scharfer und sich hauptsächlich an seiner Person entladender Proteste zu erwehren hatte, sondern was sogar auch per oberstem Gerichtsbeschluss abgelehnt worden ist.

Saudi-Arabien dann die Kontrolle über alle Passagen durch das Rote Meer – vom Norden wie vom Süden – gesichert, wie auch die Kontrolle über den Zugang von Seeseite zu den beiden Hafenstädten, Eilat in Israel und Akaba in Jordanien.

In dem Maße, wie Saudi-Arabien einerseits mit aller Macht, einschließlich Krieg in Jemen und Stellvertreter-Krieg in Syrien, seine Hegemonie durchzusetzen trachtet, spitzen sich allerdings im Innern des Landes auf verschiedensten Ebenen die Widersprüche zu. Dass König Salman flugs nach der eigenen Thronbesteigung seinen Sohn Mohammed mit einer derartigen Machtfülle ausgestattet hat, mag ein Hinweis darauf sein; selbst wenn Salmans Altersschwäche und beeinträchtigter Gesundheitszustand in Rechnung gestellt werden. Aber wohl nicht umsonst sucht sich der 30-jährige Vize-Kronprinz nicht nur als Kriegsherr, sondern auch als Modernisierer von Wirtschaft und Gesellschaft zu profilieren. Mit der von ihm im April 2016 vorgestellten – und inzwischen auch bereits im US-amerikanischen Silicon Valley beworbenen – "Vision 2030"²² soll Saudi-Arabien bis dahin unabhängig vom Öl sein und sich gleichzeitig eine moderne, stärker diversifizierte und in erster Linie vom Privatsektor getragene Ökonomie herausbilden.²³

So beeindruckend diese, wenn auch allein schon von ihrem Zeitrahmen her äußerst ehrgeizigen Reformpläne einerseits sein mögen, verschärft sich damit andererseits jedoch das saudische Gesellschafts- wie Herrschaftsdilemma. Es ist schwer vorstellbar, wie es gelingen soll, die bislang äußerst abgeschottete und extrem konservativ ausgerichtete saudische Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen mit den aus den Reformplänen resultierenden Erfordernissen einer sozialen wie gesellschaftlichen Öffnung, wo zur Zeit beispielsweise nicht einmal das Fahrverbot für Frauen aufzuheben gewagt wird. Denn mehr noch als auf ökonomischem Gebiet ginge es für Saudi-Arabien um eine grundlegende Umwälzung seiner Gesellschafts- wie Herrschaftsstruktur. Das hieße aber zugleich, die enge Verwobenheit zwischen dem Herrscherhaus al-Saud und der wahhabitischen Geistlichkeit zur Disposition zu stellen. Doch damit stünden die bisherige Identität des Staates wie die Legitimi-

on des Saud-Clans gleichfalls in Frage. Während nämlich dessen uneingeschränkter Machtanspruch durch den wahhabitischen Klerus legitimiert wird, beansprucht dieser wiederum im Gegenzug dafür den Zugriff auf die Bildungs- und Erziehungsinhalte sowie die strikte Anwendung der hanbalitischen Rechtssprechung mit den berüchtigten Körperstrafen.²⁴ Gerade an dieser engen Symbiose zwischen Herrscherhaus und Geistlichkeit sind bislang jegliche Reformansätze letztlich immer wieder gescheitert und ist darin eine wesentliche Ursache für das konfessionalistische Aufheizen der Spannungen mit Iran zu suchen.

Zudem sieht sich Saudi-Arabien nun unmittelbar in seinen eigenen Sicherheitsinteressen bedroht und zur Implementierung einer eigenen Anti-Terror-Strategie veranlasst. Denn immer besorgniserregender ist der Vormarsch der einst von ihm selbst wie von saudischen privaten Geldgebern gepöppelten salafistisch-islamistisch-jihadistischen Gruppierungen, wie Al-Qaida oder IS, auf der Arabischen Halbinsel. Dies gilt umso mehr, als diese Gruppierungen das mit dem saudischen Jemen-Krieg dort entstandene Sicherheitsvakuum für sich zu nutzen verstehen. So kontrolliert "Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel (AQAP)" mittlerweile weite Gebiete im Osten Jemens um die Hafenstadt Mukalla und werden selbst die heiligen Städte in Saudi-Arabien, Mekka und Medina, von Autobomben-Anschlägen des IS erschüttert.²⁵ Überdies ist seit längerem die Sorge groß vor möglichen saudischen Rückkehrern aus deren Reihen.²⁶ Nicht nur sind betreffende Gruppierungen allesamt auf die Terrorgruppenliste gesetzt und wird deren Anhängern Verfolgung mit Haftstrafen bis zu 20 Jahren angedroht. Auch sind sie laut einer Fatwa des saudischen Großmuftis, der höchsten religiösen Autorität im Land, vom August 2014 nunmehr auch zum "Feind Nummer Eins des Islam" erklärt worden.

Das saudische Paradoxon indessen ist, dass insofern Gemeinsamkeiten mit IS wie Al-Qaida bestehen, als sie theologisch wie ideologisch auf derselben sunnitischen Spielart fußen: in theologischer Hinsicht auf dem Salafismus²⁷ und in ideologischer Hinsicht auf dem die staatsideologische Grundlage Saudi-Arabiens bildenden Wahhabismus. Dementsprechend

-
- 22) Deren Hauptbestandteil bildet die Teilprivatisierung von ARAMCO. Nicht später als 2018 sollen maximal fünf Prozent von deren Kapitalanteilen an die Börse gebracht und der ARAMCO-Besitz in einen neuen Staatsfonds übergehen, dessen durch anschließende Privatisierungen erzielter Kapitalgewinn dann als Substitut für die bisherigen Erdöleinnahmen vorgesehen ist. Einen weiteren wirtschaftlichen Schwerpunkt speziell auch für die Bereitstellung einer größeren Zahl von Arbeitsplätzen soll die Bergbauindustrie bilden. Zudem ist der Aufbau einer eigenen Rüstungsindustrie geplant mit dem Ziel, sich waffentechnisch dann in hohem Maße selbst zu versorgen – wobei sich diese Eigenversorgung bislang auf einen Anteil von lediglich zwei Prozent beläuft.
- 23) Wie andere Staaten in der Region steht Saudi-Arabien gleichfalls vor der drängenden Aufgabe, der Jugend Arbeitsplätze und eine Lebensperspektive zu eröffnen. Immerhin sind auch hier mehr als die Hälfte der Saudis jünger als 25 Jahre und werden bis 2020 rund 4,5 Millionen junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt drängen.
- 24) Deshalb also auch das rigorose Strafmaß von 10 Jahren Haft und zusätzlichen 1000 Peitschenhieben gegen den saudischen Blogger Ra'if Badawi, der auf seiner Webseite lediglich für eine Liberalisierung im Islam eingetreten war.
- 25) So wurden am vorletzten Tag des Ramadans 2016 gleich drei Ziele, mit zudem unterschiedlicher Symbolik, angegriffen: Das US-Generalkonsulat in der Hafenstadt Djidda; eine schiitische Moschee in Qatif im Nordosten des Landes sowie die Moschee über dem Prophetengrab. Also gerichtet gegen a) die USA, b) die Schiiten und c) gegen das sich als Hüter der heiligen Stätten brüstende saudische Königreich, welches als Herrschaftsform jedoch vom IS abgelehnt wird.
- 26) Wieviele Saudis sich dem IS angeschlossen haben, ist sicherlich nicht mit Exaktheit zu bestimmen. Dementsprechend schwanken auch die Zahlen zwischen 1.400 und 2.500. Weitere etwa 700 Saudis sollen zudem in Al-Qaida-Reihen in Jemen unterwegs sein.
- 27) Das heißt auf der Hinwendung zur Lebensweise der "as-salaf as-salih", der tugendhaften Ahnen; zum vom Propheten und seinen ersten vier Stellvertretern geprägten Gemeinwesen und zu dessen Revitalisierung durch eine wortgetreue Interpretation von Koran, Sunna (Tradition) und Hadithen (überlieferte Aussagen und Verhaltensweisen des Propheten)

flossen seither Milliarden von Dollar saudischen Geldes zur Verbreitung wahhabitisch-salafistischen Denkens innerhalb der islamischen Welt sowie darüber hinaus, darunter auch nach Deutschland. Eine Folge davon war, dass Salafisten nicht nur immer populärer, sondern vielerorts auch immer radikaler geworden sind – wie eben Al-Qaida und IS, die sich zudem inzwischen mit ihrer Politik gegen ihre einstigen Sponsoren wenden.²⁸

Aber auch innerhalb der saudischen Herrscherfamilie scheint es zu rumoren. So kursierten im Sommer 2015 Berichte darüber, wonach eine Gruppe von Prinzen plane, gegen König Salman und dessen Sohn, den Vize-Kronprinzen, aufzubegehren, um das Land vor deren Abenteuerertum zu bewahren. Den Anlass dafür hatte anscheinend die Absetzung des jüngeren Halbbruders von Salman, Muqrin Bin Abdulaziz al-Saud, und statt seiner die Ernennung von Mohammed Bin Nayef zum Kronprinzen, einem Enkel des Staatsgründers, geboten. Auch der Außenministerposten wurde übrigens bei diesem Austausch neu besetzt durch Adel al-Jubeir, der zuvor als saudischer Botschafter in Washington tätig gewesen war.

Von der weiteren Entwicklung des äußerst angespannten Rivalitätsverhältnisses zwischen Saudi-Arabien und Iran, die sich durchaus gleichsam von der extrem gewachsenen, terroristischen Bedrohung herausgefordert sehen, wird entscheidend abhängen, inwieweit in absehbarer Zeit ein Ende der Gewaltspirale realistisch sein wird und ob es ungeachtet aller Widersprüche zwischen ihnen gelingt, einen gemeinsamen Modus Vivendi zu finden, auf dessen Grundlage dann eine tragfähige, die Interessen aller Staaten gleichermaßen berücksichtigende nah- und mittelöstliche Sicherheitsstruktur herauszukristallisieren möglich wäre. Wobei dies alles natürlich nicht allein von ihnen beiden abhängt, sondern nicht zuletzt davon bestimmt wird, wie sich die übrigen Regionalmächte und die Mächte auf globaler Ebene künftig verhalten.

3.2.2. Riskante türkische Machtspiele

Wie Saudi-Arabien, so hat ebenfalls die Türkei den Ausbruch der innersyrischen Auseinandersetzungen für die weitere Festigung der Rolle als ein Hauptplayer in der Nahostregion für sich zu nutzen versucht. Der gleichfalls von ihr angestrebte Sturz des Damaszener Regimes war ihrerseits jedoch – wegen der eigenen Priorität der Kurdenfrage – nicht in erster

Linie dazu gedacht, sich gegen Iran zu positionieren. Vielmehr war die Türkei betont um beständige Normalität in den Beziehungen zu Teheran bemüht. Das hat insofern durchaus gewissen Seltenheitswert, als ansonsten ihre Nahostpolitik von vielerlei Schwankungen und Kehrtwenden gekennzeichnet ist – gar nicht zu reden von ihrer Syrien-Politik. Diese gestaltete sich umso problematischer, als es sich bei der Türkei um einen NATO-Mitgliedstaat handelt mit der dort zahlenmäßig sogar zweitstärksten Armee nach den USA und mehreren Versuchen von ihrer Seite, in Bezug auf Syrien einen Bündnisfall herbeizuführen.

Im ersten Jahrzehnt nach dem Machtantritt der AKP 2002 noch auf der strategischen Grundlage einer "Null-Probleme-Politik mit den Nachbarn" operierend, schienen sich mit dem anfänglichen Machtgewinn sunnitisch-islamistischer Parteien in Tunesien und in Ägypten im Ergebnis des "Arabischen Frühlings" aber wohl für Erdogan plötzlich völlig neue Horizonte in Richtung der möglichen Entstehung eines sunnitisch-islamistisch dominierten Wirtschafts- und Kulturraumes unter türkischer Hegemonie und mit der AKP als Vorbild eröffnet zu haben. Dabei standen dann Assad und dessen säkular ausgerichtetes Regime offensichtlich im Wege – trotz der sich zuvor äußerst gedeihlich entwickelnden Kooperation zwischen beiden Ländern und des auch auf der Führungsebene entstandenen privat-freundschaftlichen Verhältnisses. Da aber Erdogan mit seiner Forderung nach einer Beteiligung auch der sunnitisch-islamistischen syrischen Muslimbruderschaft an der politischen Macht gegenüber Assad und dem Baath-Regime auf strikte Ablehnung stieß,²⁹ begann quasi über Nacht die Eiszeit zwischen Ankara und Damaskus. Fortan galt für Erdogan die Devise, mit allen verfügbaren Mitteln den Sturz von Assad betreiben zu helfen.

So nahm die Türkei nicht nur eine ständig wachsende Zahl syrischer Flüchtlinge auf. Auch dem politischen Headquarter der syrischen Exil-Opposition, einschließlich deren provisorischer Regierung, wurde die Niederlassung eingeräumt. Vor allem aber gestattete sie von Beginn des syrischen Bürgerkrieges an den Waffen- und Kämpfernachschub über ihre Grenze und schuf Rückzugsräume selbst für verwundete terroristische Rebellen. Demgegenüber blieben die Grenzen für internationale Hilfslieferungen an von derartigen Extremisten Verfolgte vielfach geschlossen. Überhaupt hat die Türkei lange Zeit vermieden, sich dem internationalen Anti-IS-Kampf anzuschließen.

28) Als deren Chefideologe, der Ägypter und unter Gamal Abdel Nasser zum Tod durch Strang verurteilte Sayyid Qutb (1906-1966) gilt, der intellektuell den Wahhabismus mit dem Jihadismus, also die Kriegführung im Namen des Islam, verbunden hat.

29) Zum einen besteht zwischen Baathisten und syrischen Muslimbrüdern seit Anbeginn beider Gründungszeit in den 1930/1940er Jahren eine Intimfeindschaft, die sich Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in äußerst blutige Auseinandersetzungen entlud. Um Putschplänen der Muslimbrüder gegen den damaligen syrischen Präsidenten Hafez al-Assad zu begegnen, hatte dieser dann 1982 zu einem Vernichtungsschlag gegen sie ausgeholt mit tausenden von Opfern. Zum anderen tragen aus Sicht des Baath-Regimes auch die heutigen Muslimbrüder eine Hauptverantwortung für die im Zuge des "Arabischen Frühlings" ausgebrochenen innersyrischen Auseinandersetzungen. Was insofern nicht ganz unbegründet erscheint, als der renommierte syrische Menschenrechtsaktivist und verantwortliche Vertreter des Nationalen Koordinierungskomitees, Haytham Manna, in einem am 3. November 2013 in veröffentlichten und auf seiner eigenen Webseite wiedergegebenen Artikel auf derartige Aktivitäten von Mitgliedern der syrischen Muslimbruderschaft verweist. So hätten Betreffende im Januar 2011 eine spezielle Website unter dem Namen "Syrische Revolution gegen Assad" eingerichtet und dort unter Bezugnahme auf 1982 für Anfang Februar zum Aufstand aufgerufen. Zudem sei bereits über vom Regime verschuldete Tote in Deraa berichtet worden, als es diese noch gar nicht gegeben habe.

In dem Maße, wie die politische Führung der Türkei im Syrien-Konflikt immer vehementer einerseits gegen Assad und andererseits für die Opposition Partei ergriff, hat sie zugleich ihr Land in einen de facto-Krieg mit Syrien manövriert. Damit ist sie zu einem Mitverursacher der dortigen humanitären Katastrophe geworden und hat zum Wiederaufbrechen des Konflikts mit der PKK beigetragen. Auch befindet sie sich mittlerweile selbst im Fadenkreuz des von ihr so lange tolerierten IS. Da sich Erdogan hinsichtlich seiner Syrien-Politik der zurückliegenden fünf Jahre vor einem Scherbenhaufen sieht, verdichten sich in jüngster Zeit mehr und mehr die Hinweise auf bestimmte Korrekturabsichten. Sogar das Ziel der Wiederherstellung der einstigen guten Beziehungen ist aus Regierungskreisen bereits verlautet. Natürlich musste auch der türkische Präsident einräumen, dass sich das Baath-Regime unter Assad aufgrund dessen anhaltender russischer wie iranischer Unterstützung weiterhin in Damaskus an der Macht hält und westlicherseits der Zurückdrängung von IS Priorität eingeräumt wird. Überdies hat offenkundig aus seiner Sicht die Entwicklung der Kurdenfrage in Syrien einen solchen Stand erreicht, der von ihm als höchste Alarmstufe für das eigene Land angesehen wird und deshalb Vorrang vor allem anderen hat. Nicht nur haben sich die von der Partei der Demokratischen Union (PYD) politisch geführten militärischen Kampfeinheiten der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) als äußerst schlagkräftig im Kampf gegen IS erwiesen und fungieren diese für die USA als Bodentruppe. Überdies gewinnt die PYD, die im Verständnis von Erdogan wegen ihrer Nähe zur PKK als terroristisch und folglich als rigoros zu bekämpfen gilt, zusehends internationale Anerkennung. Gefürchtet von ihm aber ist vor allem die Beispielwirkung des seit 2012 in Rojava³⁰ in Angriff genommenen Selbstverwaltungsprojekts, welches am 17. März 2016 als föderatives Gebiet im Norden Syriens ausgerufen worden ist. Da auch Assad deutlich vernehmbar Argwohn gegenüber diesem Projekt bekundet hat, weil er jeglichem föderativen Ansatz in Syrien bislang ablehnend gegenübersteht, ergeben sich für Erdogan anscheinend Ansatzpunkte zur möglichen Einleitung eines Tauwetters in den angespannten Beziehungen.

Auch ist deutlich ein Trend erkennbar, auch in den Beziehungen zu anderen für die türkische Nachbarschaftspolitik relevanten Staaten zu versuchen, eingetretene Belastungen sukzessive auszuräumen.

So im Verhältnis zu Israel mit dem inzwischen vereinbarten Aussöhnungsabkommen.³¹ Oder auch gegenüber Russland, zu dem die Beziehungen durch den Abschuss eines russischen Su-24 Kampffjägers im November 2015 auf einem Tiefpunkt angelangt waren. Nun aber kommen sich die beiden Seiten sichtlich wieder näher, nachdem Erdogan mit seinem Grußschreiben anlässlich des russischen Nationalfeiertages am 12. Juni 2016 an Putin Goodwill signalisiert hatte und zudem weitere Zeichen des Wiederannäherungswillens ausgesendet worden sind. Bis hin zu in der zweiten Jahreshälfte stattgefundenen gegenseitigen Besuchen – so in St. Petersburg und Istanbul – mit dem erklärten Ziel der weiteren Normalisierung der türkisch-russischen Beziehungen sowie der Verständigung über Grundfragen der aktuellen Welt- und Regionalpolitik, darunter nicht zuletzt über Syrien. Dies ist türkischerseits zum einen im Interesse der Wirtschaft zwingend geboten,³² zum anderen aber wohl auch von der Sorge einer noch größeren Annäherung zwischen der PYD und Russland getrieben. Deren Kooperation war nämlich in dem Maße gewachsen, wie sich die türkisch-russischen Beziehungen verschlechtert hatten. Davon zeugt nicht zuletzt die Eröffnung eines PYD-Vertretungsbüros Anfang Februar 2016 in Moskau.

Hingegen scheinen die im türkisch-ägyptischen Beziehungsgefüge seit Sommer 2013 vorherrschenden Spannungen – entstanden im Zusammenhang mit der erzwungenen Absetzung des legitim gewählten Präsidenten Mohammed Mursi durch den vom Militär getragenen und von einer breiten Öffentlichkeit unterstützten Abdel Fattah al-Sisi³³ – noch nicht ausgeräumt zu sein. Dennoch rechnen Experten auch hier über kurz oder lang mit einer Veränderung. Wie Erdogan im Falle des Zustandekommens der Aussöhnung mit Israel zu Zugeständnissen bereit gewesen sei, die zulasten der verbündeten sunnitisch-islamistischen Hamas gehen, so werde letztlich die Normalisierung der Beziehungen zu Ägypten für ihn gleichfalls wichtiger sein als weiterhin die dortige Verfolgung der Muslimbruderschaft zu einem störenden Thema zu machen.

Das ließe sich in gewisser Hinsicht auch für das türkisch-saudische Verhältnis konstatieren, welches bei Ausbruch des "Arabischen Frühlings" noch von deutlicher Missstimmung geprägt war. Inzwischen jedoch ist es in den Rang einer strategischen Kooperation

30) Dieses von den syrischen Kurden so bezeichnete Gebiet umfasst die drei allerdings geografisch teilweise erheblich voneinander entfernten Kantone Cezire, Kobani und Afrin, alle gelegen unmittelbar an der Grenze zur Türkei.

31) ienes am 28. Juni 2016 zwischen Ankara und Jerusalem vereinbarte Abkommen soll die Wogen zwischen beiden Ländern glätten, die durch die Mavi Marmara-Affäre im Mai 2010 entstanden waren und sich danach wegen des erneuten israelischen Waffengangs gegen den Gaza-Streifen noch zusätzlich weiter verstärkt hatten. Allerdings musste Erdogan, der sich eigentlich gern als Mentor von Hamas ins Spiel bringt, eingestehen, dass er seine Forderung nach Aufhebung der Gaza-Blockade gegenüber Israel nicht durchzusetzen vermochte. Türkische Hilfslieferungen per Schiff müssen weiterhin im israelischen Hafen von Ashdod gelöscht werden, deren Weiterleitung sich Israel weiterhin vorbehält.

32) Zu gravierend für die türkische Wirtschaft ist der Einbruch im Tourismus, der nicht zuletzt durch das Ausbleiben der Charterflüge mit russischen Touristen seit Ende 2015 erfolgt ist. Auch wollen türkische Bauunternehmen, die seit Jahren in Russland gewinnbringend aktiv sind, auf diesen Markt nicht so einfach verzichten.

33) Erdogan hatte den Sturz des gewählten, aber vor allem bei breiten städtischen Schichten verhassten Präsidenten Mohammed Mursi als Militärputsch bezeichnet und es abgelehnt, al-Sisi als legitim in dessen Amt anzuerkennen. Daraufhin erfolgte zwar der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern; nicht jedoch auch der Handelsbeziehungen. Diese stiegen im Zeitraum von Mitte 2014 bis Ende 2015 sogar um fast 50 % an; allerdings mit einem eindeutigen Übergewicht türkischer Exporte nach Ägypten.

erhoben worden – bei durchaus fortbestehender Rivalität, beide ringen um eine Führungsrolle. Während Ankara in den Wahlerfolgen islamistischer Parteien in Tunesien und vor allem der Muslimbruderschaft in Ägypten eine unverhoffte Chance für sich erblickt hatte, löste dies hingegen in Er-Riyad große Beunruhigung aus. Zum einen ist man dort der Muslimbruderschaft generell nicht wohl gesonnen und schon gar nicht an der Spitze eines so bedeutenden arabischen Staates wie Ägypten. Zum anderen aber insbesondere wegen der im Kontext ihrer Machtübernahme bei Erdogan gereiften neo-osmanischen Blühträume eines türkisch dominierten sunnitisch-islamistischen Einflussraumes. Die tatkräftige saudische Unterstützung für den Sturz des muslimbruderschaftlichen Präsidenten Mursi in Ägypten hatte deshalb gleichfalls die Schwächung der Rolle der Türkei in der Region zum Ziel gehabt. Die in der Folgezeit eingetretene türkisch-saudische Annäherung basierte offensichtlich auf dem gemeinsamen Interesse am Sturz von Assad. Inwieweit sich dieses Beziehungsgefüge jedoch als stabil erweist, hängt sicherlich von vielen Imponderabilien ab; nicht zuletzt auch davon, wie sich die türkische Syrien-Politik fürderhin entwickeln wird und inwieweit der sich dort inzwischen andeutende Kursschwenk saudischen Interessen möglicherweise zuwider läuft.

3.2.3. Israelische Winkelzüge

Während sich trotz aller Widrigkeiten beim Kurdenproblem unter den Bedingungen der nahöstlichen Turbulenzen zumindest Bewegung in Richtung der Überwindung bisheriger kurdischer Statuslosigkeit abzeichnet, verdüstern sich hingegen die Aussichten für eine tragfähige politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts noch weiter. Damit minimieren sich zugleich auch die Chancen für eine dauerhafte Befriedung der nahöstlichen Region. Dieser Konflikt und seine Ungeklärtheit hat immerhin zu bereits mehreren Kriegen unterschiedlichster Intensität geführt, er impliziert eine beständige Quelle terroristischer Bedrohung und hat nicht zuletzt über die Jahrzehnte wertvolle menschliche wie materielle Ressourcen verschlungen.

Im Kern geht es heute um die Gewährleistung des Existenzrechts eines Palästina-Staates an der Seite Israels. Obwohl dieses Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung in einem souveränen Staat völkerrechtlich bereits seit langem verbrieft ist, Palästina über einen Beobachterstatus in der UNO verfügt und mittlerweile schon von 135 Staaten in der Welt – darunter in Europa von Schweden und dem Vatikanstaat – diplomatisch anerkannt ist, scheint dessen reale

Existenz immer unwahrscheinlicher. Für eine wachsende Zahl von Beobachtern gilt sie als bereits völlig unreal; darunter auch der international renommierte israelische Historiker Ilan Pappé, für den die Zwei-Staaten-Lösung de facto schon seit 2000 oder zu sogar noch einem früheren Zeitpunkt unrealistisch gewesen sei – wegen der von Israel auf der Basis seines Siedler-Kolonialismus in der palästinensischen Westbank geschaffenen unumkehrbaren Fakten. Israel kontrolliere das gesamte Gebiet des historischen Palästina. Die Palästinenser lebten unter israelischen Gesetzen sowie unter verschiedenen Unterdrückungsgraden, deren übelste Ausprägung sich im Gaza-Streifen beobachten ließe.³⁴

Dabei entbehrt es durchaus nicht einer gewissen Ironie, dass sich gerade jener Benjamin Netanjahu, der mit seiner Politik die Existenz eines Palästina-Staates zu unterlaufen sucht, nun in die Vorreiterrolle für die Bildung eines unabhängigen Kurdenstaates in Nordirak begeben hat und dass er – ebenso wie IS – vom Ende des Sykes-Picot-Abkommens spricht.³⁵ Im Konzert vertreten sind auch die sich in den Kreisen seiner politischen Eliten mehrenden Stimmen, wonach Israel unter Berufung auf die Balfour-Deklaration genau genommen doch das gesamte historische Palästina für sich beanspruchen könne wie überhaupt der eigentliche Palästina-Staat Jordanien sei.³⁶

Tatsächlich ist mit der seit Ende der 1970er Jahre immer zielstrebig betriebenen illegitimen israelischen Siedlungspolitik der Zwei-Staaten-Lösung zusehends die Grundlage entzogen worden. Nicht nur ist die Anzahl der Siedlungen auf palästinensischem Boden beständig angewachsen, sondern auch die der Siedler, deren Zahl in der Westbank und Ost-Jerusalem zusammengenommen fast schon die 600.000er Marke erreicht hat. Es kursieren verschiedenste Pläne, wie der von Erziehungsminister Naftali Bennet, die auf eine Annexion zumindest des größten Teils der Westbank abzielen. Die Lippenbekenntnisse von Premier Netanjahu zur Zwei-Staaten-Lösung sind allein darauf gerichtet, den gegenwärtigen Status Quo mit der Kontrolle der Palästinensischen Administration (PA) über weniger als ein Fünftel des völkerrechtlich für den Palästina-Staat vorgesehenen Territoriums möglichst noch auf lange Sicht zu erhalten. Denn er will keine Zwei-Staaten-Lösung, aber ebenso auch keine wie auch immer geartete Ein-Staat-Lösung, die aufgrund des zu erwartenden demografischen Übergewichts der Palästinenser den jüdischen Charakter Israels gefährden würde. Zudem müsste der Staat Israel dann Kosten für die Palästinenser tragen, die ihm bislang durch entsprechende EU-Zahlungen erspart geblieben sind. Immerhin hat die EU als größter

34) Interview von Emran Feroz mit Ilan Pappé am 7. März 2016 für Qantara, abzurufen unter <http://de.qantara.de/print/23003>

35) Vgl. dazu Barak Ravid, Netanyahu calls for Kurdish independence from Iraq, Haaretz-Online vom 30. Juni 2014.

36) Zwar ist das einst im Rahmen der nachosmanischen Ordnung künstlich geschaffene Königreich Jordanien hinsichtlich seiner Bevölkerungsstruktur tatsächlich mehrheitlich palästinensisch. Nichtsdestoweniger aber sehen das jordanische Königshaus und die übrige Elite ihren Staat keinesfalls als Ersatz für die von Israel abgelehnte Zwei-Staaten-Lösung auf dem Boden des historischen Palästina.

Finanzgeber für die Palästinenser seit Implementierung der PA 1994 mehr als 5,6 Milliarden Euro an diese überwiesen.³⁷

Unbedingt soll deshalb auch verhindert werden, dass die Frage der Realisierung des Palästina-Staates auf die Ebene des UN-Sicherheitsrates gehoben wird³⁸ oder den Gegenstand einer internationalen Nahostfriedenskonferenz bildet.³⁹ Allein Israel will darüber entscheiden, ob und inwieweit das legitime Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung überhaupt realisiert wird, da es deren staatliche Existenz zur Bedrohung der eigenen Sicherheit erklärt. Aktuell wird dies übrigens mit der Gefahr begründet, dass damit IS unmittelbar vor den Toren Tel Avivs stehen könnte.

Überhaupt nutzt Netanjahu die mit IS entstandenen Gefahren in der Region, um den Israel-Palästina-Konflikt noch weiter in den Hintergrund zu drängen. Er setzt nun vornehmlich darauf, dass für die arabischen Regimes die Bedrohung durch IS und Al-Qaida viel essentieller sei und dass Staaten wie Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien – letzterer ist zudem dabei, seine Hilfgeldzahlungen für die PA zurückzufahren – mehr auf eine Sicherheits- und Geheimdienstkooperation setzen würden denn auf eine Beförderung des diplomatischen Prozesses für eine Zwei-Staaten-Lösung. Um diesen bemüht sich aber gerade die PA, indem sie die Arabische Liga und in Sonderheit Ägypten und Jordanien dazu zu bewegen sucht, erneut eine Sicherheitsratsresolution zur palästinensischen Staatlichkeit in den Grenzen von 1967 mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt und einem verbindlichen Zeitplan für die Verhandlungen und deren entsprechende Umsetzung auf den Weg zu bringen.

Obwohl westlichen Politikern doch eigentlich die Brisanz des ungelösten israelisch-palästinensischen Konflikts für die Stabilität und Sicherheit der gesamten Region zur Genüge bewusst sein sollte, lassen sie es im Falle des völkerrechtswidrigen israelischen Vorgehens dennoch bei mehr oder weniger deutlichen verbalen Statements bewenden. Die ansonsten immer schnell bemühten Sanktionsmechanismen bleiben offensichtlich allein für als missliebig eingestufte Staaten reserviert. Kommt es wieder einmal zum Krieg, so dienen dann die gewohnt einseitigen Schuldzuweisungen an die palästinensische Adresse als Erklärungsmuster. Nicht nur werden damit Ursachen und Wirkungen miteinander vertauscht, sondern auch die eigene Mitverantwortung durch jahrzehntelanges quasi Wegsehen bemäntelt. Weder sind abgeschossene Raketen auf israelisches Staatsgebiet noch antisemitische Ausfälle bei Protesten in Deutschland gegen israelische Kriegshandlungen zu rechtfertigen.

Aber in ignoranter Weise über die Konfliktursachen hinwegzusehen und stets mit zweierlei Maß zu messen, bereitet den Nährboden für nächste Gewaltausbrüche wie auch für beständig zunehmenden Hass, der sich dann wiederum entweder in einer flächendeckenden Intifada wie im Jahre 2000 oder in den jüngsten Messerattacken einzelner Jugendlicher entlädt.

Auffällig schließlich ist auch die veränderte Haltung Israels gegenüber der Syrien-Krise, die anfänglich noch davon bestimmt gewesen schien, eine Art Abwartehaltung einnehmen und nicht darin involviert sein zu wollen. Das hieß jedoch keinesfalls, nicht darauf zu hoffen, dass der nördliche Nachbar möglichst maximal geschwächt daraus hervorgeht. Mit der Vernichtung der im syrischen Staatsbesitz gehorteten Chemiewaffen war da aus israelischer Sicht bereits eine entscheidende Bresche geschlagen. Mit dem Erscheinen und Wirken von IS auf syrischem Boden wuchs dann offenkundig die Überzeugung, dass Syrien in seiner bisherigen territorialen Verfasstheit keinen Fortbestand mehr haben würde, sondern sich in verschiedene kleinere Entitäten aufspaltete. Oder, wie Netanjahu am Rande des Weltwirtschaftsforums von Davos 2016 formulierte, eine "kleine Balkanisierung" erleben würde. Das ermutigt das israelische Establishment wohl umso mehr, nun seinen eigenen Claim dabei gleichfalls abzustecken – oder anders gesagt, die im Juni 1967 besetzten und im Dezember 1981 völkerrechtswidrig annektierten syrischen Golan-Höhen durch internationales Votum zu israelischem Staatsgebiet gehörig erklären zu lassen. Auf der am 27. April 2016 erstmals nach dort einberufenen israelischen Kabinettsitzung hatte Netanjahu nicht nur erneut kundgetan, die Golan-Höhen blieben für immer israelisch und Israel zöge sich unter keinen Umständen davon wieder zurück. Vielmehr forderte er zugleich auch von der internationalen Gemeinschaft die Anerkennung dieses Faktums. Bei dieser Gelegenheit gab er gleichfalls zu, dass immer wieder auch Ziele in Syrien angegriffen würden. So meldete die israelische Haaretz beispielsweise am 7. Juni 2016, dass israelische Kampfflugzeuge einen Militärstützpunkt der Vierten Mechanischen Division der Syrischen Armee südlich von Homs bombardiert hätten, also in einem Kampfgebiet, welches zwischen Regierungstruppen und Aufständischen, darunter auch IS, nach wie vor hart umkämpft ist und Israel somit eindeutig Partei ergreift.

Da Israel nach dem Abschluss des Atom-Abkommens mit Iran, welches es mit aller Macht zu verhindern getrachtet hatte, umso mehr darauf fokussiert ist,

37) Vornehmlich bestimmt zu dem Zweck, die palästinensische Polizei zu trainieren und die palästinensische Verwaltungsstruktur zu finanzieren, wodurch Israel in der Lage war, seine Verantwortung als Okkupationsmacht auf fremde Schultern zu verlagern.

38) Genau aus diesem Grunde hat Netanjahu seine Erwartung an Washington bekräftigt, so auch mittels seiner Video-Botschaft an die AIPAC-Konferenz 2016, gegebenenfalls dagegen in bewährter Weise sein Veto einzulegen. Weil ansonsten die Palästinenser nur darin bestärkt würden, über eine entsprechende UN-Sicherheitsratsresolution zu ihrem Staat gelangen zu wollen. Siehe dazu Barak Ravid, Netanyahu tells AIPAC he expects Obama to veto any Palestinian UN resolution, Haaretz-Online, vom 22. März 2016.

39) Keinesfalls überraschend hat Netanjahu, wie schon in anderen Fällen zuvor, auch gegen die jüngst von Frankreich gestartete Initiative zur Einberufung einer derartigen Konferenz zur Revitalisierung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses immer wieder neue Einwände vorgebracht.

den iranischen Einfluss in Syrien und auf die Hizbullah zu unterlaufen, ist es auf dieser Basis sichtlich um eine Annäherung speziell zu Saudi-Arabien wie anderen Golfstaaten bemüht. Dies geschieht in der Hoffnung, dass es mit diesen Staaten zu einer Normalisierung kommt, ohne dass Israel zuvor seine Position in der Palästinafrage grundsätzlich geändert hätte, wie dies gemäß der von der Arabischen Liga 2002 in Beirut verabschiedeten und 2007 in Er-Riyad erneuerten "Arabischen Initiative" eigentlich konzipiert ist. Dort ist festgehalten, dass sich die Beziehungen der arabischen Staaten zu Israel für den Fall normalisieren, wenn sich Israel zur Proklamierung eines Palästina-Staates auf den völkerrechtlichen Grundlagen bereit zeigt. Wie Saudi-Arabien im Wege des Sturzes von Assad den "schiitischen Halbmond" zur Schwächung Irans zu zerschlagen sucht, so trifft sich Israel mit ihm in seinem Ziel, die Achse Teheran – Damaskus – Hizbullah zu sprengen. Dabei wird in israelischen Medien davon ausgegangen, dass Hizbullah nun als ernsthafteste Bedrohung für Israel angesehen wird und deshalb sogar mit einem dritten Waffengang gegen Libanon – nach 1982 und 2006 – gerechnet werden müsse.⁴⁰

4. Islamismus als Ausdruck eines Clash of Civilizations?

Angesichts der bedrohlich wachsenden Zahl der insbesondere von IS für sich reklamierten Terroranschläge in Europa und nunmehr auch Deutschland scheint für viele klar auf der Hand zu liegen, dass sich darin die Richtigkeit der von Samuel Huntington in seiner 1993 veröffentlichten Schrift "The Clash of Civilizations" verfochtenen These bestätigt. Sie postuliert, dass nach dem Ende der intersystemaren Blockkonfrontation nunmehr neue Konflikte entlang religiöser Trennlinien, in erster Linie zwischen christlich-westlicher und muslimischer Welt, aufbrechen.

Niemand wird ernsthaft bestreiten können, dass sich insbesondere IS und Al-Qaida als Ausdruck der bislang extremistischsten Variante des Islamismus – also jener politisch-ideologischen Strömung, die sich zwar auf den Islam beruft, aber dennoch nicht mit ihm gleichzusetzen ist – als erbitterte Feinde des Westens verstehen. Umgekehrt gibt es im Westen eine mehr oder weniger offene Islam-Feindschaft. Ebenso wenig ist anzuzweifeln, dass die Bruchlinien zwischen sunnitischem und schiitischem Islam schon lange nicht mehr in einer solchen scharfen Weise wie gegenwärtig konturiert wurden. Sei es auf dem syrischen Schlachtfeld, wo insbesondere verschiedenste Vertreter des Salafismus Assad schon allein deshalb

davon jagen wollen, weil er in ihrem Verständnis kein Muslim sei und folglich in Syrien als einem islamischen Land auch nicht das Präsidentenamt bekleiden dürfe und weil er als Alawit der schiitischen, des Ketzertums bezichtigten Glaubensrichtung zugerechnet wird. Oder im iranisch-saudischen Verhältnis, wo die jeweilige Geistlichkeit viel dazu beiträgt, die bestehenden Rivalitäten um eine Vormachtstellung noch zusätzlich religionsideologisch aufzuladen.

Trotzdem aber geht es bei alledem nicht um solche Konfrontationsmuster des von Huntington beschworenen Kultur- und Zivilisationskampfes. Weder sind alle Islamisten Jihadisten, noch haben sich alle Jihadisten die Vorherrschaft in der Welt zum Ziel gesetzt. Vielmehr sehen sie sich in erster Linie zur Rache gegen äußere Akteure, die sich in ihre Länder einmischen, sowie zum Kampf gegen deren einheimische Verbündete berufen – selbst wenn Betreffende dabei das Banner des Jihad erheben. Überhaupt unterscheiden sich derartige Gruppierungen teilweise erheblich sowohl in Strategie- und Taktik- als auch in Führungsfragen voneinander.

Das Wesentliche aber ist wohl, dass in erster Linie Muslime selbst, insbesondere als vom Glauben Abtrünnige betrachtete Schiiten, im Fadenkreuz dieser Jihadisten stehen und folglich in deren Reihen zahlenmäßig auch die größten Opfer – physisch wie psychisch – zu beklagen sind. Nicht umsonst wird IS von ihnen mehrheitlich als nicht den Islam repräsentierend abgelehnt und scharf verurteilt. Das dem erzkonservativen Wahhabismus verpflichtete saudische Königshaus ist trotz seiner geistigen Bruderschaft mit den salafistischen Jihadisten seit eh und je einer der engsten Verbündeten des Westens, allen voran der USA. Wie andere islamische Staaten beteiligt es sich gleichfalls an der Anti-IS-Koalition. Nicht zufällig warnt auch die schiitische Hizbullah inständig vor einem weiteren IS-Vormarsch nach Libanon und ruft zum Schulterschluss dagegen auf. Und schließlich erklärt der Golfkooperationsrat (GCC) gleichfalls wie die westlichen Staaten IS zu seinem Hauptfeind.

Schon gar nicht sind die Spannungen im iranisch-saudischen Verhältnis als Religionskampf im Huntingtonschen Sinne zu interpretieren, da es im Kern dabei um den Widerstreit zwischen zwei um die Vormachtstellung in der Region ringende Staaten geht, für den die jeweilige religiöse Überzeugung in der Hauptsache als Legitimationsquelle wie auch Motivationsfaktor dient. Ebenso wie in den Auseinandersetzungen, die sich auf syrischem Boden entlang sunnitisch-schiitischer Trennlinien vollziehen. Ohnehin ist dieser Widerstreit zwischen Sunniten und Schiiten⁴¹ nahezu

40) Ari Shavit, Israel's next war in Lebanon is a matter of time, Haaretz-Online vom 14. Juli 2016.

41) Allerdings hat die Schia – ebenso wie das Sunnitentum – im Verlaufe der weiteren Entwicklung mehrere Richtungen und Sekten hervorgebracht, darunter als bedeutendste die Zwölfer-Shia (oder auch Imamiya bzw. Jafariya). Im Unterschied zur Dogmatik der Sunniten basiert die der Schiiten auf der Anerkennung des Imamats als dem Herrschertum Gottes und dem damit verbundenen Prinzip des Welajat. Auch kann im Falle von Verfolgung oder anderen Bedrängnissen das Bekenntnis zum Glauben verborgen werden (Taqiya) und wird bei ihnen davon ausgegangen, dass nicht alle menschlichen Handlungen als vorbestimmt zu betrachten sind. Hinzu kommt bei ihnen als weitere kultische Pflicht die freiwillige Buße durch Selbstausspeisung, für die es im Koran keine Hinweise gibt und deshalb sunnitischerseits als Gotteslästerung angesehen wird.

genauso alt wie der Islam als Religion. Die schiitische Glaubensrichtung, entstanden im Streit über die rechtmäßige Nachfolge des Propheten, ist von ihrer spezifischen Genesis her in hohem Maße politisch determiniert. War es dabei doch in erster Linie um den Machtkampf mit der sunnitischen Sippe der Umayya gegangen, die als Sieger dann von 661 bis 750 das sich vom Atlantischen Ozean bis nach Hinterindien erstreckende arabische Reich getragen haben. Mit einem geschätzten und etwa gleichbleibenden Anteil von 10 bis 15 Prozent an der Gesamtzahl der Muslime befanden sich die Schiiten stets in der Minderheit und sahen sich in ihrer bisherigen Geschichte zumeist politisch wie sozial benachteiligt. Mit der Machtergreifung der Mullahs 1979 in Teheran und der dortigen Ausrufung der Islamischen Republik sowie dem die Schiiten begünstigenden Machtproporz seit 2003 in Irak zählen sie jetzt auch politisch als ein realer Machtfaktor.

Nichtsdestoweniger aber verbirgt sich dennoch hinter alledem ein durchaus schwieriges Widerspruchsgefüge, dessen Ursprung allerdings auch nicht erst im Ende der Blockkonfrontation, sondern bereits an der Schwelle vom 19. zum 20. Jahrhundert zu suchen ist. Damals hatten die historischen Umbrüche im Verhältnis zwischen der westlichen und der islamischen Welt eine besonders eklatante Ausprägung erfahren. Neben den wirtschaftlichen Abhängigkeiten und politischen Unterordnungen war offenkundig geworden, dass die im Zuge der Kolonisierung von außen eindringenden und sich als Moderne darbietenden Einflüsse in erster Linie darauf ausgerichtet waren, die Überlegenheit des Westens gegenüber dem Islam zu demonstrieren, basierend auf jener vom französischen Orientalisten Ernest Renan⁴² intellektuell begründeten Islamfeindlichkeit. Das nahezu zeitgleich von islamischen Theologen und Modernisten⁴³ entworfene und auf eine Überwindung gegebener erstarrter Verhältnisse abzielende Reformkonzept für den Islam wurde dementsprechend im Westen in arroganter Überlegenheitsmanier abgetan. Desavouiert als ein angeblich überflüssiger Versuch zur Reanimierung des Islam, als "rückwärtsgerichtete Bemühungen zur Restauration des ursprünglichen Islam und als Indiz für den unweigerlichen Zerfall der von starren Traditionen geprägten islamischen Gesellschaft".⁴⁴

Darauf wiederum gründete sich die Entstehung des Islamismus als eine spezifische politisch-ideologische Strömung in einer Art Gegenbewegung zur Wahrung eigener Identität. Sie wurde initiiert durch den ägyptischen

Lehrer Hassan Al-Banna⁴⁵ mit der von ihm Ende der 1920er Jahre in Kairo formierten Muslimbruderschaft und nachfolgenden Abzweiggründungen in einer Reihe weiterer arabischer Länder, bis sich dann der Islamismus – in einer ständig wachsenden Zahl von in vielerlei Hinsicht heterogenen Gruppierungen – insbesondere seit Ende der 1960er Jahre vielerorts zur einflussreichsten politischen und sozialen Bewegung mit Massencharakter entwickelt hat. Sie ist getragen nicht nur von der Popularität bei den beständig anwachsenden armen und ärmsten Schichten, sondern gleichfalls bei Mittelschichten, darunter insbesondere der studentischen Jugend und anderen Intellektuellen, einschließlich islamischer Theologen und Rechtsgelehrter.

Neben den umfangreichen sozial-karikativen, kulturellen und religiösen Aktivitäten, denen Islamisten dort ihren Zulauf verdanken, sind es vor allem die objektiven Rahmenbedingungen, die ihnen weiteres "Zustimmungskapital" zuführen. Als da sind: die Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage als Folge der Globalisierung und im Ergebnis weltweiter Krisenprozesse für eine immer größere Zahl von Menschen und einer sich immer weiter öffnenden Schere zwischen arm und reich; die westliche Hinhaltenaktik vor allem in Bezug auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zugunsten Israels wie überhaupt die Doppelbödigkeit von egoistischen Interessen geleiteter westlicher Politik. So gesehen ist es auch kein Zufall, dass sich extremistische Tendenzen innerhalb des Islamismus gerade im Zusammenhang mit vom Westen geführten Kriegen in immer beängstigenderem Maße verstärkt haben. Während also der Westen sein Gesellschaftsmodell und die von ihm definierten Werte mit aller Macht zu universalisieren sucht, sehen Islamisten dies wiederum als eine Bedrohung der eigenen Werte und Moralvorstellungen, auf die nun IS und andere vergleichbare Gruppierungen völlig inakzeptable Antworten zu geben suchen.

Solange sich westliche Staaten anmaßen, willkürlich über Krieg und Frieden gemäß nur ihren eigenen Interessenlagen zu entscheiden, solange sie völkerrechtswidrige Kriege bzw. Waffengänge wie 2003 gegen Irak oder 2011 gegen Libyen vom Zaune brechen allein mit dem Ziel, dortige aus westlicher Sicht missliebige Regimes zu Fall zu bringen – selbst auf die Gefahr hin, betreffende Staaten damit ins sicherheitspolitische Chaos zu stürzen und sie unter Umständen sogar zu "failed states" werden zu lassen;

42) Dieser hatte 1883 seine These von der "Unwissenschaftlichkeit" des Islam verkündet, bei der es im Wesen darum ging, den Islam zu diskreditieren sowie dessen wissenschaftliches Erbe in Abrede zu stellen.

43) Gemeint ist das von Djamal ad-Din al-Afghani (1838 – 1897) in unmittelbarer Reaktion auf die islamfeindlichen Einlassungen von Renan entworfene und von Mohammed Abduh (1849 – 1905) dann weiterentwickelte Reformkonzept, welches traditionelle Prinzipien und moderne Wissenschaft miteinander zu verbinden gesucht hat.

44) Siehe dazu beispielsweise Dieter Bellmann und Regina Karachouli, Arabische Kultur der Gegenwart im Spannungsfeld zwischen Tradition und Innovation, in: Die Araber an der Wende zum 21. Jahrhundert, Berlin 1987, S. 96.

45) Gemäß dessen theoretisch-integristischen Ansatzes besäßen Lehren und Lebensregeln des Islam umfassenden Charakter, seien diese gültig sowohl für das Diesseits wie das Jenseits, verkörperten sie "Dogma und Gottesdienst, Heimat und Nationalität, Religion und Staat, Geist und Tat, Schrift und Schwert". Siehe dazu Banna, Hassan al-, Islamuna (Unser Islam), Kairo o.J., S. 14,16 zitiert nach Holger Preißler, Islamische Haltungen zur Entwicklung des Kapitalismus in arabischen Ländern, Berlin 1987, S. 54.

solange sie Drohneneinsätze verfügen oder auch "gezielte Tötungen" praktizieren, die sich nicht mehr um Souveränitätsrechte eines Staates oder mögliche Menschenrechtsverletzungen an unbeteiligten Zivilisten scheren und solange sie doppelte Maßstäbe gelten lassen, solange werden selbst terroristische Gruppierungen Widerhall in den jeweiligen Bevölkerungen finden. Denn Terrorismus wächst und gedeiht gerade unter den Bedingungen von Armut, Arbeitslosigkeit, Diskriminierung und Ungerechtigkeit. Den Terrorismus bekämpfen zu wollen, aber gleichzeitig die Rüstungsspirale vor allem durch den Export von Rüstungsgütern in diese Spannungsregion beständig weiterhin kräftig anzuziehen, ist reine Blasphemie – ebenso wie terroristische, aus dem Untergrund gestartete Akte nicht mit staatlich geführten Kriegen zu bekämpfen sind.

Dem Gründungsdirektor des Issam Fares Instituts an der Amerikanischen Universität in Beirut und Kolumnisten des Daily Star, Rami G. Khoury, ist völlig zuzustimmen, wenn er konstatiert, dass niemand überascht sein sollte, wenn es noch schlimmere Antworten als IS, Al-Qaida und dessen syrischer Ableger Nusra-Front oder die auf der Sinai-Halbinsel operierende und sich zu IS bekennende Gruppierung Bait al-Maqdasi gäbe.⁴⁶

* * * * *

Zweifellos stellt diese gegenwärtige äußerst widersprüchliche, sich schnell verändernde Konfliktlage in der Region auch die deutsche Nahostpolitik vor komplizierte Probleme. Deshalb ist durchaus nachzuvollziehen, wenn Außenminister Frank-Walter Steinmeier beklagt, dass internationale Politik permanent im Krisenmodus sei, Zahl und Intensität von Konflikten mit von uns unmittelbar zu spürenden Konsequenzen zunehmen. Statt sich aber auch den Ursachen dafür zuzuwenden und entsprechende Schlussfolgerungen daraus abzuleiten, richtet er den Blick in erster Linie darauf, wie deren Wirkungen beizukommen ist und dass, wie von ihm ausdrücklich betont, Deutschland dabei eine größere Verantwortung auferlegt sei unter Verwendung eines breiten Instrumentariums, einschließlich unter Umständen auch militärischer Mittel.⁴⁷

An Stelle des Einsatzes militärischer Mittel sollte vielmehr alles daran gesetzt werden, dass in der Region ein Paradigmenwechsel in Richtung eines friedlicheren, gedeihlicheren Miteinanders befördert wird. Ein guter Beginn dafür wäre es, sich für einen rigorosen Waffenlieferungsstopp⁴⁸ stark zu machen. Ansonsten

wird der Gewalt nicht nur immer neue Nahrung gegeben, sondern dient die Region auch weiterhin als Experimentierfeld ständig neuer Waffensysteme: mit der Konsequenz, zum Auslöser immer nur noch schlimmerer Tragödien zu werden, deren Folgewirkungen weiterhin vor Deutschland und Europa keinen Halt mehr machen.

Solange es an einer komplexen, auf gegenseitigem Vorteil basierenden Kooperation, an einem fairen Interessenausgleich zwischen dem Westen und den Staaten der Region sowie untereinander mangelt, solange die Region in erster Linie als geostrategische Einflussosphäre und Gebiet eigener Interessenrealisierung, als günstiger Absatzmarkt und Experimentierfeld eigener Waffenproduktion fungiert, werden dortige Armut, Arbeitslosigkeit vor allem unter der horrend großen Zahl junger Menschen, Diskriminierung und Ungerechtigkeit als gleichzeitige Triebfeder für den Terrorismus nicht nachhaltig in Angriff zu nehmen sein. Geboten ist ein grundsätzlich verändertes Herangehen, welches auf Verantwortungspolitik zu gegenseitigem Nutzen beruht. Oder anders gesagt: Anstelle nur pragmatischen und allzu oft einseitigen Herangehens wäre eine langfristig ausgerichtete Nahost-Strategie vonnöten, die insbesondere den Interessen dortiger Staaten und Völker in fairer Weise Rechnung trägt. Dazu gehört zweifellos, sich mit Entschlossenheit für die mehr als überfällige Lösung der beiden "Jahrhundertkonflikte", der Palästinafrage und des Kurdenproblems, sowie für die Beendigung des Krieges auf syrischem Boden und die Beförderung einer tragfähigen politischen Lösungssuche der Syrien-Krise einzusetzen. Auf jeden Fall aber werden allein Luftschläge und Drohneneinsätze sowie die Waffenlieferung an die kurdischen Peshmerga IS nicht dauerhaft von der Bildfläche verschwinden lassen. Das Vorgehen von IS, so verabscheuungswürdig es wegen seiner Brutalität und Intoleranz auch ist, muss westlicherseits als Weckruf dafür verstanden werden, sich endlich den Ursachen und Hintergründen des nahöstlichen Desasters, einschließlich des dortigen Terrorismus, zuzuwenden. Das hieße aber vor allem, sich auch den Verfehlungen westlicher Politik in selbstkritischer Weise zu stellen.

Deutschland könnte im Nahen Osten durchaus eine Initiativfunktion bei der Herbeiführung des notwendigen Paradigmenwechsels übernehmen, insbesondere auf dem Weg zur Herausbildung eines Mechanismus von der Art einer Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in der Nah- und Mittelostregion. Denn weder ist es durch eine Vergangenheit als

46) Siehe dazu Rami G. Khoury, ISIS ist he latest of many Islamisms, in The Daily Star (Beirut) am 22. Oktober 2014.

47) Inwieweit das am 5. Juli 2016 als eine Art "Werkstatt für den Frieden" ins Leben gesetzte "PeaceLab2016" unter Beteiligung engagierter Akteure und interessierter Bürgerinnen und Bürger tatsächlich neue Akzente zu setzen vermag, wird sich erst noch zeigen müssen. Zumindest sind die Fragen, mit dessen Hilfe dort Antworten gefunden werden sollen, nicht gerade kreativ und erhellend: "Welche Werte und Grundüberzeugungen liegen unserem Handeln zugrunde, welche Interessen verfolgen wir dabei? Wie ordnet sich unser Handeln in den europäischen und globalen Rahmen ein? Wo bietet deutsches Engagement einen besonderen Mehrwert? In welchen Bereichen müssen wir besser werden?". Siehe dazu den Gastbeitrag von Frank-Walter Steinmeier unter dem Titel "Welche Werte leiten uns?" in der Frankfurter Rundschau vom 5. Juli 2016.

48) Immerhin zählte der Nahe Osten 2015 zum Empfänger von 15 Prozent des Exports deutscher Rüstungsgüter, darunter Nachsichtgeräte in die VAE, Feuerleitsysteme nach Oman, Spürpanzer nach Kuwait, U-Boote nach Israel.

Kolonialmacht belastet noch hat es sich bislang durch hegemoniale Vormachtbestrebungen diskreditiert. Es wäre eine solche Konferenz, die der deutsche Außenminister schon einmal ins Spiel gebracht, aber dann nicht weiter verfolgt hat – obwohl es dafür durchaus hoffnungsvolle Ansatzpunkte gäbe. So hat das EU-Parlament mit der von ihm am 10. September 2015 verabschiedeten Resolution, die auf einen neuen Anlauf im israelisch-palästinensischen Konflikt orientiert, die EU zugleich aufgefordert, ihrer Verantwortung als einflussreicher Player gerecht zu werden und eine mutige und umfassende Friedensinitiative für die Region zu starten. Auch sind französischerseits dazu bereits praktische Schritte mit konkreten Zeitvorgaben unternommen worden. Es wäre eine Konferenz, für die auch der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas beständig wirbt und deren Dringlichkeit ebenso von Friedensnobelpreisträger Mohammed El Baradei unterstrichen worden ist. "Was wir brauchen", so El Baradei, "ist eine große Konferenz, bei der alle wesentlichen Fragen der Region besprochen werden, von Syrien über Libyen bis hin zur wirtschaftlichen Entwicklung. Wir müssen alle Probleme, alle Akteure zusammenbringen – wir müssen einen neuen Nahen Osten aufbauen. Saudi-Arabien und der Iran (...) müssen einen Modus Vivendi finden."⁴⁹

Das Zustandekommen des Atom-Vertrages mit Iran könnte insofern als Beispiel dienen, dass scheinbar unüberbrückbare Gegensätze überwunden und gefährliche Krisen politisch zum gegenseitigen Vorteil beigelegt werden können.

49) Interview am Rande der Wiener "com.sult"-Wirtschaftskonferenz, resümiert wiedergegeben im Wiener Standard vom 20. Januar 2016